Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Märzhälfte 1500.— Mk. Einzelverkaufspr. 120 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf: 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 300.— Mark, auswärtige 350.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Mk., für Reklamen 1200.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf: 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 57. Donnerstag, 8. März 1923. 30. Jahrgang.

Zur Kanzlerrede.

Dr. L. Lübeck, 8. März.

Cuno hat gesprochen. Eine nach allen Seiten ausgeglichene und abgewogene Rede las er wortwörtlich vor. Nicht rechts wollte er anstoßen und nicht links; für die Einheitsfront fand er gute Worte. Er protestierte scharf gegen Frankreichs Raubpolitik, proklamierte den passiven Widerstand bis zum äußersten; hielt aber gleichzeitig vorsichtig und weise die Verhandlungstür offen, um durch einen rißbreiten Spalt nach Verständigungsmöglichkeiten zu schielen. Nicht ungeschickt im ganzen — für Cuno!

Und der Erfolg? Alle Haare könnte man sich ausraufen. Die gesamte Rechtspresse hörte von allem nur das nein; hörte nur die Worte: „Fort mit dem Gerede über Verhandlungen; fort mit der Mahnung zur Verständigung."

Selbst der „Lübecker General-Anzeiger", der doch weiß Gott mit Politik nichts zu tun hat, stimmt in diesen mißtönenden Posaunenchor ein. Und fügt sich damit würdig dem Kranz der völkischen Nationalistenpresse und der noch gedankenloseren „parteilosen" Nationalistenpresse ein.

Und Frankreich wird kichern, hübsch sich ins Fäustchen husten. Erfüllungspolitik? Lest doch, was die deutschen Nationalistenzeitungen zu Cunos Rede sagen! Deutschland will einfach nicht.

Gewiß hat Cuno an einigen Stellen zweideutig gesprochen. Sicher wollte er damit weiten rechtsstehenden Kreisen Gelegenheit geben, seine Rede mit zustimmender Zurückhaltung passieren zu lassen, um nach außen die große Front und die gerade Linie zu wahren. (Außerdem konnte ein Cuno natürlich nicht ganz so sprechen wie Wirth oder gar wie ein Sozialdemokrat.)

Wie eine Meute heulender Hunde stürzt man sich nun von rechts auf die Rede, reißt einzelne Sätze als Ueberschriften aus dem Zusammenhang und dreht und wendet sie bellend nach allen Seiten. Damit der richtige Hetzeindruck erreicht werde! Damit das Gegenteil dessen sich auswirke, was Cuno und die Regierung wollten, wollen mußten.

In Wirklichkeit verhält es sich so, daß Cuno mit dürren Worten erklärt hat: wir wollen erfüllen, bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit, im Interesse Deutschlands und der Welt.

Unangenehm für die Haupthetzer gegen die Sozialdemokratie und ihre Erfüllungspolitik jetzt zugeben zu müssen, daß auch ihr Mann nicht anders kann! Deshalb schnell das Wort im Munde herumgedreht und losgehauen.

Aber schließlich ist Cuno ja selbst schuld. Er muß doch die Berserker von Helfferich angefangen bis herab zu den Winkelredakteuren der unpolitischen Provinzzeitungen kennen. Und er durfte deshalb dieser merkwürdigen Innung unzurechnungsfähiger Krafimeier auch nicht den kleinsten Finger reichen. Hätte das hochtrabend nutzlose Getön: „Fort mit dem Verhandlungsgerede" lieber ungesprochen lassen sollen.

Interessant sind die Antworten der Ententepresse auf Cunos Rede. Die französischen Zeitungen wußten im ersten Augenblick noch nichts Rechtes mit Cunos Ausführungen anzufangen, da ihnen die Verdrehungen der deutschen Rechtspresse noch nicht vorlagen. Und in England ist man etwas enttäuscht, da Cuno mit vielen Worten nichts gesagt habe. Vor allem darüber, daß Cuno auch nicht die geringsten Reparationsvorschläge gemacht hat.

Die Stimmung in England ist eben nach wie vor unklar. Sollten die drei Wahlniederlagen des Kabinetts Bonar Law den Anfang einer Klärung ankündigen? Zweifellos entspringen die englischen Ansichten dem richtigen Gefühl, daß in diesem Punkt die Ausführungen Cunos unvollkommen sind. Sagte Cuno doch auch diesmal nichts über den Inhalt der Reparationsvorschläge, die er im Dezember nach Paris geschickt hat.

Aber noch einen anderen Mangel hat Cunos Rede. Sie ließ die innerpolitischen Probleme, die mit der Reparationsfrage aufs engste verknüpft sind, völlig links liegen. Gewiß machte er viele Worte gegen Schieber und Spekulanten; aber von energischen Maßnahmen sagte er nichts. Nach wie vor liegt die Reichsregierung auf den Knien vor der Großindustrie; nach wie vor hofft sie die schlimmste Krankheit, die Ausbeutung des Volkes durch das Schieberkapital, durch Beschwörungsformeln und gute Worte zu heilen.

Bisher ist nichts getan, um das schmachvollste Uebel in unserem Staat, das Steuerunrecht, auszumerzen. Im Gegenteil! Fast hat es den Anschein, als ob man den Nutznießern der Geldentwertung weitere Riesengewinne in den Rachen werfen will.

Das „Tagebuch" weist in seiner neuesten Nummer in einem Artikel auf neue heraufziehende Ungerechtigkeiten hin. Es schreibt von der Steuermoral der Besitzenden folgendes:

> ... jedermann weiß heute, daß der Witz erstens in der Verheimlichung von Einkommensteilen, zweitens und vor allem aber in der verspäteten Zahlung liegt. Unter der Herrschaft der Geldentwertung sind um ein Jahr hinausgeschobene Zahlungen ihrem Realwerte nach oftmals fast Null, während andererseits der 10prozentige Lohnabzug der Angestellten jeweils im Gegenwartswert, also vollgültig, erfolgt. Diese Situation hat zu dem unermeßlichen Skandal geführt, daß wir Monate hatten, in denen 90 Proz. aller eingezahlten Steuersummen auf die Lohnabzüge, also auf die Steuerleistungen der Schwachen, und nur 10 Proz. auf die freien Zahlungen, also auf die Steuerleistungen der Starken entfielen. ...
>
> Nun hat aber, während das Finanzministerium hier sein Versprechen ablegte, dasselbe Reichsfinanzministerium dem Reichsverband der deutschen Industrie gegenüber eine durchaus anders lautende Zusage gemacht. Ein Rundschreiben des Reichsverbandes, datiert aus Krefeld, 5. Februar, Abt. Nr. 25 Sch. R. 1, informiert die Mitglieder, daß künftighin sogar die von den Arbeiter- und Angestelltengehältern einbehaltene Lohnsteuer „auf Grund unserer Bemühungen" nicht mehr sofort, sondern erst nach einem Jahr den Finanzämtern abgeliefert werden muß! Hier stockt der Atem, hier hört vieles auf! Wie — nachdem man den Unternehmersteuern die einjährige Geldentwertungschance gelassen hat, mit dem Erfolg, daß ihre Quote, verglichen mit den Angestelltensteuern, lächerlich geworden ist — nachdem man das getan und als verbesserungsbedürftig anerkannt hat, will man denselben ganz Großen (denn nur für Unternehmen mit mehr als tausend Arbeitern soll die Vergünstigung gelten) ohne jeden Grund auch noch die Geldentwertungschance der Woche für Woche substanziell an sie abgeführten Lohnabzüge überantworten? Begreiflich, in der Tat, daß das ganz still und geheimnisvoll vor sich ging. Um welche Summen handelt es sich? Um Indergewinne von vielleicht hundert Milliarden, — ein glattes Geschenk an die große Industrie, ein Geschenk des Reiches auf Kosten seiner übrigen Zensiten.

Wir haben dem, was das „Tagebuch" schreibt, heute nichts zuzufügen. Wenn das Schreiben auf Wahrheit beruht, und irgend ein Grund zum Zweifel besteht nicht, so ist das ein neuer Skandal ohnegleichen. Eine Illustration zur „nationalen Einheitsfront", wie sie feuriger und brennender dem deutschen Volk nicht auf den Rücken gestriemt werden kann.

Ueberhaupt die Einheitsfront! Doch wir kommen auf die ganze Steuerfrage eingehender zurück!

Eine Rede Eberts.

Der Reichspräsident in Leipzig.

Leipzig, 7. März.

Reichspräsident Ebert mit einigen anderen Herren der Reichsregierung traf heute vormittag 10,45 Uhr mittels Flugzeug von Berlin kommend auf dem Flugplatz Leipzig-Möckern zum Besuch der Leipziger Messe ein. Er wurde hier von den Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, sowie von dem kurz vorher ebenfalls im Flugzeug aus Dresden eingetroffenen sächsischen Ministerpräsidenten Buck und anderen sächsischen Regierungsvertretern begrüßt. Es fand eine kurze Eröffnungsfeier des wieder errichteten Flugplatzes statt.

Leipzig, 8. März.

Auf dem gestrigen Empfangsabend des Zentralverbandes für die Interessen der Leipziger Mustermesse führte Reichspräsident Ebert in seiner Ansprache u. a. aus:

Die Messe ist ein Beweis für das, was Deutschland für die Neuregelung und die Wiederherstellung der durch Kriegs- und Nachkriegszeit geführten und unterbrochenen Weltwirtschaft beizutragen vermag und beizutragen gewillt ist, wenn es in Ruhe und Frieden arbeiten kann. Die Wiedergesundung der Weltwirtschaft ist aber Lebensfrage aller Völker. Umsomehr werden es die vielen hier anwesenden Vertreter des Wirtschaftslebens des Auslandes verstehen, welche Empörung das deutsche Volk in allen seinen Schichten fühlt wenn es sehen muß, wie seit Wochen fremdes Kriegsvolk in unserm wichtigsten, höchst entwickelten Industriegebiet haust. Jahrhunderte alte Gedanken von Gebietserweiterung und Unterjochung deutscher Stämme sollen verwirklicht werden. Diese phantastischen Pläne wollen sie erreichen durch Zerreißung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, durch Zermürbung unserer Volkswirtschaft. Nie und nimmer wird es unsern Gegnern gelingen, das Ruhrgebiet zu ihrer wirtschaftlichen Beute und die Männer, die diese Werte geschaffen und erhalten, zu ihren Sklaven zu machen. Nur eins kann ihre mit aller Härte und Rücksichtslosigkeit dort hausende militärische Willkür erreichen und durchsetzen: Die Zerstörung von Werten, die jahrhundertlange, friedsame und harte Arbeit geschaffen haben, die nicht nur für unser Vaterland, sondern für die Wirtschaft der ganzen Welt von hoher Bedeutung sind. Es ist mir Pflicht, auch hier in dieser Versammlung der Vertreter aller Kreise des Wirtschaftslebens in Stolz und Dankbarkeit der Beamten und Arbeiter sowie Unternehmer in Baden, in der Pfalz, Hessen, im Rheinland und Ruhrgebiet zu gedenken, die in aufopfernder Pflichttreue barbarische Gewalt abwehren und ihr und unser Recht auf die heilige Muttererde verteidigen. Dem Aufgebot der Gegner an militärischer Macht ihren Versuchen roher Vergewaltigung, ihren Mißhandlungen, Freiheitsberaubungen und Plünderungen, all' den tausendfachen Quälereien des enttäuschten und verwöhnt gewordenen Eroberers kann das deutsche Volk in zäher Entschlossenheit und brüderlicher Einheit nur eins entgegensetzen:

seinen festen Willen und sein gutes Recht.

Dieser Wille ist stärker als Waffen. Dieser Wille ist unser Weg zum Leben, zur Freiheit und zur Zukunft. Dieses eine Ziel werden wir aller Willkür zum Trotz erkämpfen und erringen, wenn wir einig sind im Willen und Zusammenstehen.

Immer neue Besetzungen.

Maxau und Knielingen besetzt!

Karlsruhe, 7. März.

Im Laufe des heutigen Vormittags haben die Franzosen das Dorf Maxau auf dem rechten Rheinufer und die Gemeinde Knielingen bei Karlsruhe besetzt. Die Besetzung von Maxau erfolgte durch 50 Marokkaner, die im Wartesaal des Bahnhofsgebäudes untergebracht wurden. In Knielingen sind 100 weiße Franzosen und 3 Offiziere eingerückt, die in der Turnhalle Quartier bezogen haben.

Remscheid besetzt.

SPD. Dortmund, 7. März.

Heute Mittag um 11,30 Uhr wurde Remscheid von einer französischen Abteilung in Stärke von 5 Offizieren und 100 Mann besetzt. Die Truppen haben in der Stadt Quartier angefordert. Weitere Truppenbewegungen sind in nächster Nähe von hier festgestellt. Nördlich von Datteln sind die Lippebrücken durch Drahtverhaue abgesperrt worden. **Neu besetzt wurden die Bahnhöfe Bochum-Nord und Wattenscheid.**

SPD. Dortmund, 7. März. (Eig. Drahtber.)

Neuerdings ist auch das Post- und Telegraphenamt in Witten von den Franzosen besetzt worden. Mehrere Eisenbahnerfamilien haben in der gleichen Stadt den Befehl zur Räumung ihrer Wohnung erhalten. Aus dem Bergischen Lande werden erhebliche Telephonstörungen gemeldet, die mit den französischen Truppenbewegungen in Zusammenhang gebracht werden. Von den festgenommenen Polizeibeamten aus Bochum werden zurzeit noch fünf von den Franzosen in Haft behalten, alle übrigen sind ausgewiesen worden. Am Mittwoch vormittag wurde der stellvertretende Landrat von Dortmund-Land von den Franzosen festgenommen. Der am 5. März verhaftete Amtmann aus Solingen ist ausgewiesen. Die am Dienstag von den Franzosen in Mülheim a. d. R. ihres Amtes enthobenen 320 Polizeibeamten erhielten einen Ausweisungsbefehl mit sofortiger Wirkung. Von den festgenommenen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung Herne ist der Stadtrat Knoel zu 2 Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Zwei Beigeordnete erhielten 8 bezw. 14 Tage Gefängnis und je 200 000 Mark Geldstrafe. Außer Truppenverschiebungen im Bergischen Land beiderseits Elberfeld-Barmen sind wesentliche Veränderungen nicht zu melden.

Das unfaßbare deutsche Heer an der Ruhr.

Rom, 8. März.

Ein Berliner Berichterstatter des „Giornale d'Italia" stellt fest, daß der deutsche Widerstand immer stärker werde. Das deutsche Verteidigungsprogramm nehme immer festere Gestalt an. Die Franzosen müssen an der Ruhr auf dem Kriegsfuß bleiben gegenüber einem deutschen Heere, das gar nicht existiert, das unfaßbar sei. In Deutschland herrsche heute absolute Einmütigkeit.

Hervorgehoben sei, daß das „Giornale d'Italia" allgemein als das Großorgan der franzosenfreundlichen Partei gilt.

Aufregung in England.

Dritte Wahlniederlage der Regierung.

London, 7. März. (Reuter.)

Die Regierung hat bei der Nachwahl in Edgehill, Distrikt Liverpool, eine dritte vernichtende Niederlage erlitten. Hayes, Mitglied der Arbeiterpartei, erhielt dort 10 300 Stimmen, während auf den Konservativen, Major Hills, Finanzsekretär im Schatzamt, nur 9250 Stimmen fielen.

London, 7. März.

Die Wahlniederlage Hills hat in politischen Kreisen riesiges Aufsehen hervorgerufen. Die Blätter schreiben, es sei allgemein angenommen worden, daß Edgehill ein sicherer Sitz der Regierung sei. In der parlamentarischen Geschichte gebe es kein Beispiel, daß drei Mitgliedr des Ministeriums unmittelbar nacheinander bei Ersatzwahlen geschlagen wurden. Diese Lage werde eine ernstliche Prüfung durch das Kabinett erfordern. Das Ergebnis von Edgehill wurde im Unterhaus bekannt, als über einen Arbeiterantrag abgestimmt wurde. Unter den Arbeitermitgliedern herrschte große Begeisterung, die sich in Kundgebungen laut machte. „Daily News" sagt, die Niederlage habe bei ihrem Bekanntwerden im Unterhaus wie eine Bombenexplosion gewirkt. Es verstehe sich von selbst, daß der Verlust von Edgehill die Schwierigkeiten der Regierung beträchtlich vermehrt habe. Die Niederlage des Finanzsekretärs des Schatzamtes, der einen der wichtigsten Posten in der Regierung inne habe, zumal im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo die Einbringung des Budgets nahe bevorstehe, habe die Schwierigkeiten Bonar Laws bei der Vervollständigung seiner Regierung beträchtlich erhöht. Augenblicklich seien die Posten des Gesundheitsministers, des Finanzsekretärs des Schatzamtes, des Unterstaatssekretärs des Innern und des Lordadvokaten von Schottland im Unterhause nicht vertreten.

Die volle Bedeutung dieses Wahlresultats läßt sich allerdings erst erkennen, wenn man diese Stimmenzahlen mit denen vergleicht, die die allgemeinen Wahlen im November vorigen Jahres ergeben hatten. Damals war nämlich der Konservative Sir W. Rutherford gegen den Arbeiterparteiler Hayes (den jetzigen Sieger) mit 14 186 gegen 9520 Stimmen, also mit einem Vorsprung von 4666 Stimmen gewählt worden. Innerhalb von vier Monaten konservativer Regierungspolitik hat der Arbeiterparteiler fast 1000 Stimmen gewonnen, der konservative Kandidat dagegen fast 5000 Stimmen verloren!

Dollar 19 000.

Die Antwort des Reichstags.

Reichstag.

Den Charakter der Aussprache im Reichstage über die Kanzlerrede bestimmte heute die Rede unseres Genossen **David**. Keiner der nach ihm folgenden Parteiredner konnte an seinen Ausführungen vorübergehen. David hatte die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses. Auch die äußerste Rechte und die äußerste Linke hörten seinen Vortrag mit Achtung an. Der Grundgedanke seiner Darlegungen war, daß sich Deutschland mit einem Frankreich, daß nur Reparationen wolle, zweifellos verständigen könne. Dagegen dürfe und könne es keine Verständigung mit einem Frankreich geben, das die Rheinlande lossprengen wolle. Für diese Absicht des herrschenden Frankreichs häufte Genosse David in knapper Zeit ein erdrückendes Material an. Er gab der Auffassung Ausdruck, daß keineswegs das französische Volk hinter diesem Ziele stehe. Es sei Zeit, daß die Franzosen sich gegen die Rheinpolitik ihrer Regierung auflehnten. Von der Erfüllungspolitik sagte Dr. David, daß sie an dem Willen Frankreichs, Rhein und Ruhr zu erlangen und lieber auf Reparationen zu verzichten, gescheitert sei. Trotzdem sei die Erfüllungspolitik nicht vergebens gewesen; denn sie habe das Reich gerettet und die Entente gespalten. **Frankreichs Rheinpolitik laufe auch auf eine Erschütterung der Weltmacht Englands hinaus.** Denn Frankreich werde, wenn es mit der stärksten Militärmacht Europas am Rhein und an der Ruhr stehen bleibe, den europäischen Kontinent tatsächlich beherrschen. Genosse David schloß unter lebhaftem Beifall unserer Fraktion mit einer klaren Proklamation der Ziele, für die das deutsche Volk und die Arbeiter vor allem an Rhein und Ruhr kämpften. Die deutsche Arbeiterklasse habe sich die Aufgabe gestellt, die größten Errungenschaften ihres politischen und wirtschaftlichen Lebens zu verteidigen. Die Brandung der französischen Militaristen und Imperialisten werde schließlich scheitern am Felsblock der deutschen Sozialdemokratie. — Nach einer kurzen Rede des Zentrumsführers **Marx**, der die Rede des Kanzlers gutheiß, hielt der volksparteiliche Führer **Stresemann** eine klug abgewogene Rede. Er sagte, die Tatsache, daß Poincare die deutschen Vorschläge an die Pariser Konferenz nicht veröffentlicht habe, obwohl sie ihm wohl bekannt seien, sei ein Beweis dafür, daß diese deutschen Vorschläge gut gewesen seien. Wenn Poincare glaube, mit diesen deutschen Vorschlägen irgendwelchen Eindruck zugunsten Frankreichs machen zu können, würde er sie längst veröffentlicht haben. — Die Debatte schloß vor sich immer mehr leerendem Hause mit Reden der Kommunistin **Zetkin**, des Unabhängigen **Ledebour** und des bayrischen Volksparteilers **Leicht**.

* * *

312. Sitzung.

Mittwoch, den 7. März 1923, nachm. 1 Uhr.

Präsident **Loebe** verliest ein Schreiben der Interalliierten Rheinlandkommission, in dem mitgeteilt wird, daß die Ausweisung des demokratischen Abgeordneten Korell aus dem besetzten Gebiet wegen seiner dort ausgeübten verhetzenden Tätigkeit erfolgt sei. Aus demselben Grunde sei auch seiner Familie aufgegeben worden, innerhalb vier Tagen das besetzte Gebiet zu verlassen. (Stürmische Entrüstungskundgebungen.) An diese Mitteilung knüpft der Präsident die Bemerkung, der neue Gewaltakt beweise nur, daß Korell seine Pflicht als deutscher Abgeordneter erfüllt habe, wofür ihm der Dank des Reichstages gebühre. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus tritt dann in die Besprechung der Erklärung des Reichskanzlers ein. Als erster Redner erhält das Wort:

Abg. Dr. David (Soz.):

Eine einzige Kette von Zwangsmaßnahmen, Drohungen, Barbareien, Bestialitäten, Raub an öffentlichem und privatem Eigentum, Schädigungen von Leib und Leben der Bevölkerung, das sind die Begleiterscheinungen des Kriegszuges, den die französischen und belgischen Gewaltpolitiker in das friedliche Ruhrgebiet hineingetragen haben.

Ueber hundert Tote

liegen bereits auf dem Kampfplatz. Tiefste Empörung muß dieses Schreckensregiment auch jenseits unserer Grenzen auslösen. Es ist schwer zu verstehen, es ist geradezu ein völkerpsychologisches Rätsel, daß nicht auch in Frankreich sich ein Sturm der Entrüstung erhebt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Das französische Volk zeichnet sich durch ein besonders hochentwickeltes Nationalgefühl aus und nirgends in der Welt wird der, der es wagt, sich gegen die Interessen der Nation zu stellen, oder gar sie zu verraten, mit schwereren Strafen belegt als gerade in Frankreich. Wie ist es möglich, daß gerade dieses Volk so wenig Achtung und Ehrfurcht vor dem Ehr- und Freiheitsgefühl eines anderen Volkes zeigt? Fühlt das französische Volk zu Hause nicht, daß seine Vertreter hier die nationale Ehre ihres eigenen Volkes vor aller Welt herabwürdigen? All diese Gemeinheiten und Schändlichkeiten haben den Unternehmern dieses Kriegszuges nichts gebracht. **Anstatt dieses beschämende und [illegible] Experiment abzubrechen, sehen wir die weitere Ausdehnung der Unternehmung: neue Besetzungen.** Dieses [illegible] Vortreiben der ganzen Aktion im Zusammenhang mit dem planmäßigen Vorgehen der Franzosen im altbesetzten Gebiet und mit der dort seit Jahren betriebenen Politik, die weit über das hinausgeht, was ein vernünftiger Mensch als im Interesse und zur Sicherung der Zahlungen erachten kann, spricht dafür, daß die Franzosen das Ziel verfolgen, das Rheingebiet dauernd zu beherrschen. (Lebh. Zustimmung im ganzen Hause.) Die Kernfrage in dem ganzen Problem lautet: **Wollen die Franzosen wirklich nur Reparationen und Ruhe oder dauernde Absperrung der besetzten Gebiete von Deutschland und ihre Verwandlung in einen französischen Schutzstaat?** In Deutschland glaubt man mehr und mehr das letztere. Aber die französischen Staatsmänner bestreiten auf das entschiedenste diese Absicht. Sie sagen, Deutschland sabotiere die Reparationszahlungen, es sei ein böswilliger Schuldner und es bleibe nichts anderes übrig, als das, was es schuldig ist und nicht bezahlen will, durch Gewalt einzutreiben. Im Auslande finden im allgemeinen die Worte der französischen Staatsmänner noch mehr Glauben als die Worte der deutschen Staatsmänner. Diese alte, im Kriege erzeugte Einstellung [illegible] noch so tief, daß man von vornherein auf Sympathie für Deutschland im Auslande auch in dieser Sache nicht zu rechnen hat. (Sehr wahr!) Wir müssen, wenn wir eine Bresche in die Phalanx unserer Gegner legen wollen, die Kernfrage des Problems mit [illegible] Material beantworten. Das ist außerordentlich wichtig für uns und das französische Volk. Denn das soll man [illegible] wissen: **Mit einem Frankreich, das nur Reparationen und Ruhe will, können und wollen wir uns jederzeit verständigen.** (Sehr wahr! links und in der Mitte.) **Mit einem Frankreich aber, das uns das Ruhr- und Rheingebiet entreißen will, kann es eine solche Verständigung nie und nimmer geben.** (Allseitige lebhafte Zustimmung.) Das ist die klare Stellung der Frage. So muß sie auch in Frankreich gesehen werden. Der **Vertreter Amerikas** in der Oberkommission in Koblenz, Pierpont Noyes, schrieb vor einem Jahre einen Artikel aus Anlaß der Ernennung Poincares zum Ministerpräsidenten. Als Vorsitzender der Wiedergutmachungskommission hatte Noyes Gelegenheit, Poincare genau zu [illegible]. Er schrieb: „Wider meinen Willen zwang sich mir die Ueberzeugung auf, daß Poincare gar kein Abkommen wünschte, daß er auch gar nicht so sehr größere Kohlenmengen für Frankreich erstrebte, als vielmehr, daß er darum kämpfte, Deutschland in der Rolle des Vertragsbrechers zu erhalten, um auf diese Weise eine Möglichkeit und Berechtigung für militärische Angriffe zu haben." (Lebh. Hört, hört!) Wenn das französische Volk in seiner großen Mehrheit das nicht will, dann ist es aber Zeit, daß es sich gegen eine solche Politik auflehnt, sonst würden die Folgen auch das französische Volk schwer treffen. Hier auf dem Punkt kann das deutsche Volk und zu allerletzt die deutsche Sozialdemokratie unmöglich nachgeben. Die Entwendung des Ruhr- und Rheingebietes ist ein Ziel der Franzosen, mit dem sich unter keinen Umständen Deutschland irgendwie versöhnen kann. (Lebh. Beifall.)

Gegenüber den Behauptungen, **die Erfüllungspolitik sei an dem augenblicklichen Zustand schuld**, ist zu bemerken, die Erfüllungspolitik war geboten und die allein richtige. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie hat erreicht, daß nicht schon 1919 Deutschland in Stücke geschlagen wurde und daß heute England Gewehr bei Fuß steht. Darum ist auch weiterhin die Erfüllungspolitik die einzig richtige und mögliche für Deutschland. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Diejenigen, die raten, von ihr abzugehen, arbeiten mehr im Sinne der Franzosen. (Erneute Zustimmung links und in der Mitte.) Der Appell an das Rechtsgefühl der Völker müßte vor allem in Amerika eine starke Bewegung auslösen; denn Amerika darf nicht vergessen, daß wir gewissermaßen im Vertrauen auf das Programm Wilsons den Waffenstillstand angenommen haben. (Allseitige Zustimmung.)

Es gibt immer noch in Deutschland **Verrückte**, die glauben, die bewährte Kampfmethode des passiven Widerstandes verlassen und zum Rüstzeug der Barbaren greifen zu können. Wir begrüßen daher das gestrige Bekenntnis des Kanzlers zum passiven Widerstand. Zu den großsprecherischen Phrasen und leeren Redensarten kommt die nationalbolschewistische Bewegung, die sich in Drohungen und Verschwörungen gegen die Republik wendet und an der Neuauffrischung der Dolchstoßlegende arbeitet. Die Verhandlungsbereitschaft ergibt sich aus der Situation, daß ein Wehrloser einem Bewaffneten gegenübersteht. Der Wehrlose wird ganz von selbst zu Verhandlungen bereit sein, wenn der andere die Waffen niederlegt und sagt: wir wollen uns über die Dinge aussprechen. „Es wird gar nicht gekämpft um unsere Bereitschaft, sondern das eigentliche Ziel dieses Kampfes geht um die Verhandlungsbereitschaft der anderen. Deshalb liegt nicht bei uns die Entscheidung!" Diese Worte des Reichskanzlers sind natürlich sofort von der Rechtspresse in unverantwortlicher Weise verwendet worden.

Wir sind selbstverständlich verhandlungsbereit,

wenn die andere Seite bereit ist, sich mit uns ehrlich an den Verhandlungstisch zu setzen und die Sache von Partei zu Partei vernünftig und verständig in Ordnung zu bringen. (Zustimmung links.) Die Franzosen werden dazu bereit sein, wenn sie einsehen, daß sie mit den angewandten Mitteln und Methoden weder zu ihren Reparationen kommen noch erreichen, daß die Bevölkerung sich dauernd diese Wegnahme deutschen Gebietes gefallen läßt. Diese Einsicht ist nach meiner Ansicht schon auf dem Marsche. Was haben wir den Franzosen zu bieten, wenn sie ehrlich verhandeln wollen? **Meine Partei hat gewisse Richtlinien aufgestellt in Uebereinstimmung mit französischen, italienischen, belgischen und englischen Sozialisten.** Darin wurde als Grundsatz aufgestellt, daß die Schuld Deutschlands auf das reduziert werden solle, was zum Wiederaufbau notwendig ist, daß dagegen Forderungen für Pensionen usw. nicht eingereicht werden sollen. Dann Sicherheit gegen einen neuen Krieg, die Durchführung der Abrüstungsvorschriften des Friedensvertrages auch in den anderen Ländern und drittens Zurückziehung der Besetzung. Auch das gehört in das Programm hinein. Auch das altbesetzte Gebiet soll frei werden. Dreifach unterstreichen wir den Appell des Kanzlers an die **Besitzenden und wir möchten endlich, daß die Taten folgen.** Was jetzt auf wirtschaftlichem und ernährungspolitischem Gebiete geschehen ist, liegt keineswegs in dieser Linie, im Gegenteil, manches steht damit im Widerspruch. Die Mahnung an die Arbeiter, **jetzt keine Lohnerhöhungen anzustreben, liegt auch nicht in dieser Richtung, in einer Zeit, in der die Nahrungsmittel sich von Tag zu Tag verteuern.** (Sehr richtig! links.) Auch die hier morgen zur Sprache kommende **Steuerpolitik** ist von eminenter innenpolitischer Bedeutung. Hier liegen sehr gefährliche Punkte für unseren weiteren Erfolg im Abwehrkampf. Es ist höchste Zeit, daß die Opfer gebracht werden von denen, die es dazu haben. (Sehr richtig! links.) Es geht um die deutsche Einheit und um die deutsche Republik, die ganz untrennbar miteinander verbunden sind. Das wissen auch die französischen Militärpolitiker. Sie hassen mit den Nationalisten die deutsche Republik, sie sind unfähig, ihren friedliebenden Grundcharakter zu begreifen, weil sie die Einstellung, die Macht und den Einfluß der Sozialdemokratie nicht kennen. **Gegen den Willen der deutschen Arbeiterschaft kann man keinen neuen Krieg machen und die deutsche Arbeiterschaft bürgt der französischen dafür, daß kein Angriffskrieg irgendwie von Deutschland gemacht wird.** Wenn die französischen Militaristen und Nationalisten die deutsche Republik verstünden, dann könnten sie nicht ihre Gegner sein. Aber sie hassen sie, weil sie in der deutschen Republik die deutsche Einheit verankert sehen. Das ist es, was ihnen so bedrohlich erscheint. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Die politischen Demütigungen der letzten vier Jahre haben die

nationalistische Strömung

in Deutschland wieder stark gemacht. Der Sieg des französischen Militarismus wäre zugleich ein Sieg des französischen Kapitalismus, dem die wirtschaftliche und soziale Machtstellung der deutschen Arbeiterklasse ein Dorn im Auge ist. Gelingt es ihm, die fortgeschrittenste und erfolgreichste Spitzenarmee der internationalen Arbeiterbewegung niederzuschlagen, so erleichtert ihm das zugleich die Niederhaltung der Arbeiterklasse in Frankreich und anderen Ländern. Der französische Imperialismus hat daher der deutschen Arbeiterdemokratie den Kampf angesagt. Der Geist der modernen Arbeiterbewegung hat sich gegen ihn erhoben, der Kampfgeist der Sozialdemokratie für die höchsten Ideale des um Freiheit und sozialen Aufstieg ringenden deutschen Arbeitervolkes. In dem Kampfe gegen diese Kräfte, in dem einstmals auch der Gewaltpolitiker **Bismarck** gescheitert ist, werden auch Poincare, Degoutte und Foch scheitern. (Lebh. Zustimmung links.) In den Millionen deutscher Arbeiter ist das Gefühl für die Würde der menschlichen Persönlichkeit, das Ehrgefühl des freien Menschen aufgesprungen. Die Brandung des französischen Militarismus und Kapitalismus wird scheitern an dem Widerstand einer um die elementarste Lebensrechte kämpfenden Bevölkerung und in erster Linie an dem Felsblock der deutschen Sozialdemokratie. (Lebh. Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Hergt (DN.) beschäftigt sich sehr eingehend mit der gestrigen Rede des Reichskanzlers und ruft wiederholt lebhaften Widerspruch der Linken, insbesondere der Kommunisten, hervor, der jedesmal mit stürmischem Beifall seiner Parteifreunde beantwortet wird. Von den Ausführungen des Kanzlers nimmt der Redner mit Genugtuung Kenntnis, obwohl nicht alle Wünsche seiner Partei erfüllt worden sind. **Er fordert den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Vergeltungsmaßnahmen gegen Ausländer französischer und belgischer Nationalität.** Unrecht müsse mit demselben Recht bekämpft werden, das wir völkerrechtlich vereinnahmen können. Den Landesverrätern und Flaumachern müsse energisch entgegengetreten werden. Autorität der Regierung sei das oberste Gebot der Stunde.

Abg. **Marx** (Zentr.): **Wie ist es möglich, daß Frankreich Handlungen vollführt und ein Unrecht unterstützt, das an längst hinter uns liegende Jahrhunderte erinnert, daß es keine Spur von Kultur zeigt, statt dessen ein Raubrittertum und eine Gewaltpolitik darstellt, wie es in unsere Zeit längst nicht mehr hineinpaßt.** Das ganze Vorgehen Frankreichs ist unerklärlich. Selbst bei Ausbruch des Krieges war am Rhein und Ruhr von Haß gegen Frankreich nicht die Rede. Aber sein gewalttätiges Vorgehen hat solche Gefühle des Hasses und der Abneigung hervorgerufen. Dem uns angetanen Unrecht kann nur mit passivem Widerstand begegnet werden, an dem unentwegt festzuhalten wir heilig versprechen.

Abg. Dr. **Stresemann** (DVp.): In bezug auf eine Verständigung mit Frankreich besteht zwischen uns und dem Kanzler keine Meinungsverschiedenheit. Es ist abwegig, den Einmarsch in das Ruhrgebiet als eine wirtschaftliche Frage anzusehen. Die Waffenkammer an der Ruhr ist offenbar nach Meinung einzelner als Etappe gedacht für Taten, die sich nicht gerade auf Deutschland zu erstrecken brauchen. In dem Kampf, der uns aufgezwungen ist, gibt es überhaupt keinen Sieg, sondern nur eine Entscheidung darüber, in welchem Lande mehr Wirtschaftsgüter vernichtet werden. Frankreich lehnt nicht nur Verhandlungen ab, sondern bedroht auch die Mächte, die die Initiative zu internationalen Verhandlungen ergreifen würden. Alle vier Vorschläge, die vor dem Ruhreinmarsch von Deutschland unterbreitet worden sind, wurden von Poincare überhaupt nicht beachtet. Daraus muß man schließen, daß nach seiner Ansicht der Ruhreinmarsch stattfinden mußte, unbeschadet alles dessen, was irgend eine deutsche Regierung in der Reparationsfrage vorgeschlagen hat. Zu einer wirksamen Sachbesteuerung kann Deutschland erst greifen, wenn das Maß seiner Reparationslasten feststeht. Vorher würde der Ertrag solcher Steuern nur neues Pfandobjekt für Frankreich sein. In der Abwehrfront kann man die Parteiunterschiede nicht aufheben, aber man muß sie zurückstellen, das gilt auch für den Gedanken des Klassenkampfes. Der Einheitsfront wird nicht damit gedient, daß Phantasten den passiven Abwehrkampf durch den Appell an die nichtvorhandenen Waffen nehmen.

Abg. **Dernburg** (Dem.): **Frankreich verlangt von Deutschland Zahlungen, schafft aber gleichzeitig ein zahlungsunfähiges Deutschland.** An der Absicht Poincares, das Rhein- und Ruhrgebiet zu besetzen, besteht kein Zweifel, aber an dem Felsen deutscher Einigkeit wird die französische Woge zerschellen. — Abg. **Graefe** (Deutschvölk.) setzt seine Hoffnungen auf die Tat, die den Worten des Kanzlers folgen solle. — Abg. Frau **Zetkin** (Komm.): Wir stehen trotz aller Differenzen mit den Sozialdemokraten, wenn sie in einer Front mit uns kämpfen wollen, gegen den deutschen und französischen Kapitalismus. Wir haben kein Vertrauen zur Regierung Cuno, wohl aber zur Aktion des Proletariats. — Nach den Ausführungen der Abgg. **Ledebour** (Unabh. Soz.) und **Leicht** (Bayr. Volksp.) vertagte sich das Haus.

Eine aufgedeckte Verschwörung.

15 bayrische Putschisten verhaftet.

SPD. München, 7. März. (Eig. Drahtber.)

Endlich ist auch die Münchener Polizei dahinter gekommen, daß ernsthafte Verschwörungen auf eine gewaltsame Aenderung der Staatsverfassung hinarbeiten. Es heißt schon allerhand, wenn selbst die Münchener Polizeidirektion in einer amtlichen Pressenotiz feststellt, „daß eine Reihe von Persönlichkeiten die außerhalb der politischen Welt stehen, den Beschluß gefaßt hatten, in allernächster Zeit

eine gewaltsame Veränderung der bayrischen Verfassung

herbeizuführen." Das soll Ende Februar bekannt geworden sein. Als Hauptbeteiligte unter den 15 Verhafteten, von denen sieben inzwischen wieder freigelassen wurden, nennt der Bericht einen Professor Fuchs und einen Hugo Machhaus aus München. Dieser Professor Fuchs ist ein Komplize des am 30. November v. J. in München verhafteten Kapitän Ehrhardt. Fuchs hat, wie feststeht, nicht nur Ehrhardt, sondern auch Lüttwitz, der jetzt noch unter dem Namen General Lorenz sein Unwesen in Süddeutschland treiben soll, wochenlang beherbergt. Mit Fuchs gemeinsam verfaßte Ehrhardt auch seine bekannte Erklärung über den Rathenau-Mord, in der behauptet wurde, daß die Organisation Consul nicht an dem Morde beteiligt sei. Diese „Entschuldigung" war fälschlich aus Wien datiert, in Wirklichkeit aber auf Schloß Allgäuhaus verfaßt worden. Wie angesichts dessen der amtliche Bericht der Münchener Polizeidirektion die Verschwörer ausgerechnet als Persönlichkeiten bezeichnen kann, „die außerhalb der politischen Welt" stehen, bleibt ihr überlassen. Richtig ist, daß ein großer Teil der Verhafteten als deutschvölkische Kindsköpfe gelten.

Außer den genannten Personen war auch ein Rechtsrat a. D. Dr. Kühles, ein Schwager des Grafen v. Bothmer, an der Verschwörung beteiligt. Bothmers Ziel ist bekanntlich seit langem die Schaffung einer süddeutschen Monarchie unter Trennung vom Reiche.

Dr. Kühles wurde aber aus der Haft wegen Mangel an Beweisen wieder entlassen. Am Dienstag hat er sich in seiner Wohnung durch Erschießen das Leben genommen.

Schon daraus ist zu folgern, daß die Münchener Polizei bei seiner Vernehmung viel harmloser gewesen sein muß als er. Sämtliche verhafteten Personen sollen übrigens mit Herrn v. Kahr bekannt sein; sie dürften damit auch Ludendorff nicht ganz fernstehen. — Die Aufdeckung dieses Verschwörernestes vermag der Oberreichsanwaltschaft wichtige Fingerzeige für die Voruntersuchung in der Ehrhardt-Angelegenheit zu geben.

Das Ende des Reichsschatzministeriums.

Als erste der Sparmaßnahmen des Reiches, wie sie schon durch das Ministerium Wirth vorbereitet wurden, soll Ende des Monats März das **Reichsschatzministerium aufgelöst** werden. Die Abteilungen Liegenschaften und für Bausachen werden im Reichsfinanzministerium, **die Abteilung für die besetzten Gebiete dem entsprechenden Staatssekretariat des Reichsinnenministeriums angegliedert werden. Die wichtigste, die Industrie-Abteilung, durch die der industrielle Besitz des Reiches bisher verwaltet wurde, wird in eine selbständige „Vereinigte Industrieunternehmungen A.-G." verwandelt. Die Aktien dieser Gesellschaft, die von der „Deutschen Werke A.-G.", der Reichsaluminium A.-G., der Reichselektro A.-G. und der Reichskreditgesellschaft als Fachgesellschaft am 7. März gegründet worden ist, bleiben im Besitz des Reiches. Eine Veräußerung der Aktien ist nach wie vor an die Zustimmung des Reichstages gebunden. Eine Beteiligung Privater an der Gesellschaft ist nicht vorgesehen. Die Selbständigkeit der einzelnen Unternehmungen wird im wesentlichen nicht berührt.**

Die illegale Organisation.

Die sozialdemokratische Presse hat seit Monaten immer wieder auf die große Gefahr hingewiesen, die der Republik aus den zahlreichen mehr oder weniger weiterexistierenden rechtsradikalen Organisationen erwächst. In der Reichstagsdebatte vom 22. Februar hat nunmehr der Reichswehrminister selbst zugegeben, daß diese Organisationen gerade im gegenwärtigen Moment eine ungeheure große Gefahr bedeuten. In einer Zusammenfassung des durch diese Debatte und durch die Behandlung in der Presse bekanntgewordenen Materials betont „Die Glocke", daß aus allem deutlich hervorgeht, wie sehr Deutschland sich trotz aller Warnungen schon an Kräfte ausgeliefert habe, die außerhalb seiner Einflußzone stehen und die der Demokratie und der Republik fremd und feindlich gegenüberstehen. In dem „Warnung an die Republik" übertriebenen Aufsatz heißt es: Wer alle diese offiziösen und nichtoffiziösen Berichte und Erklärungen zu lesen versteht, der muß erschrecken über das Bild, das sich ergibt. Man solle denken, Gesetze würden erlassen, um durchgeführt zu werden. Die Selbstschutzverbände und Zeitfreiwilligenorganisationen sind durch die Reichsregierung aufgelöst worden. Daß sie trotzdem weiterbestanden, ist schon ein Zeichen bedauerlicher Schwäche der Staatsgewalt. Daß es aber möglich ist, daß einzelne Regierungsstellen solch illegale Organisationen nicht nur dulden, sondern sogar unterstützen, ist eine Ungeheuerlichkeit. Dadurch wird es möglich, daß ein Spiel hinter den Kulissen entsteht, bei dem die verbotenen Verbände eine Regierungsstelle gegen die andere ausspielen.

Aber es ist falsch, immer von der Orgesch zu reden. Die Organisation Escherich besteht unter diesem Namen nicht mehr.

Die großen Gruppen (in Ostpreußen), Südosten (Oberschlesien), Nordosten (Brandenburg und Pommern), Nord (Hol[illegible], Hamburg, Meckenburg), Westen (Hannover) leben weiter u[illegible]r anderen Namen, unter den verschiedensten Formen. Es besteht keine nachweisbare Zentrale mehr, aber die zentrale Leitung ist trotzdem gesichert. Die einzelnen Sportklubs, wirtschaftlichen Vereinigungen, Soldatenverbände, Bürgerbünde usw. sind scheinbar voneinander durchaus unabhängig, aber ein einheitlicher Wille regiert sie, nach einheitlicher Art werden sie verwaltet, und zu einem Ziel werden sie zusammengefaßt.

Aber es gibt neben den illegalen Organisationen, die zum großen Teil sehr legale, auf dem Amtsgericht richtig in die Vereinsliste eingetragene Vereine sind, noch andere Verbände, die sich die Bezeichnung illegal sehr und mit Nachdruck verbitten würden. Da ist der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, der sich rühmt, tausend Ortsgruppen und 350 000 Mitglieder zu haben, da ist der Jungdeutsche Orden, der sogar 15 000 Ortsgruppen und 400 000 Mitglieder zählt. Diesen beiden Verbänden ist ihre Legalität von der höchsten zuständigen Stelle in Deutschland, nämlich von dem Reichsgericht in Leipzig, bestätigt worden. Die gegen sie ergangenen Verbote der Landesregierung sind hinfällig und ihrer Wirksamkeit im „nationalen" Sinne ist keine Grenze mehr gesetzt. Da sind weiter die Leute vom Verein Oberland, da sind die biederen Nationalsozialisten, die in München ihrem Diktator Hitler folgen und die sich in Norddeutschland wegen der lebhaften Verfolgung durch die preußische Polizei verschiedentlich umtaufen mußten. Gegenwärtig rechnen sie sich zur Deutschvölkischen Freiheitspartei und gehorchen unbedingt der Führung der Antiparlamentarier Wulle, Graefe und Henning. Da ist der Nationalverband deutscher Offiziere und der Deutsche Bismarckbund. Da sind noch Hunderte von kleinen Verbänden, mit vielerlei Namen und allerlei Statuten und doch nur mit einem Ziel. Ihre Gesamtzahl zu schätzen ist unmöglich, das eine ist sicher, sie gehen in die Million.

Daß diese Gefahr heute riesengroß angewachsen ist, kann niemand verneinen. Ob sie noch zu bannen ist, ist zweifelhaft. Die Beendigung des außenpolitischen Konflikts, die eines Tages kommen muß und die vielleicht schon nahe ist, wird Deutschland in eine ungeheure innenpolitische Krise stürzen. Auch die Ruhrbesetzung wird außenpolitisch nur eine Spende, nur eine Station auf unserem 40jährigen Marsch durch die Wüste bleiben. Wenn aber aller Haß und alle Kräfte, die in der Erbitterung der letzten Wochen gegen die fremde Gewalt angesammelt worden sind, ihre Entladung finden im Zusammenprall der Kräfte im eigenen Volk, so wird es an Stelle der Franzosen die Republik sein, die geschlagen auf dem Platze bleibt.

Volkswirtschaft.

Die Siedlungstätigkeit in Preußen.

SPD. Ueber den Umfang der Siedlungstätigkeit reichen die Organe der gemeinnützigen Siedlung jährlich Nachweisungen ein. Diese werden jetzt für Preußen zum erstenmal zusammenfassend veröffentlicht. Berücksichtigt man die außerordentlichen Schwierigkeiten, die insbesondere durch die wahnsinnige Verteuerung des Bauholzes für die Siedlungstätigkeit überhaupt entstanden sind, so bleibt es immerhin erfreulich, zu beobachten, daß in den Jahren 1919 bis 1921 die Zahl der geschaffenen Siedlerstellen, wie die Beschaffung von Land, und schließlich auch die Zahl der Ansiedler nicht unbeträchtlich zugenommen hat. Das Gesamtergebnis der Siedlungstätigkeit muß bisher aber gleichwohl als außerordentlich bescheiden bezeichnet werden. Wenn in den Jahren 1919 bis 1921 insgesamt 4 739 Ansiedler und dazu 15 364 Haushaltsangehörige, mithin also nur 20 103 Personen, in neuen Siedlungen untergekommen sind, so ist das bei einer Bevölkerung von rund 60 Millionen Menschen, die das Deutsche Reich in seinen neuen Grenzen immer noch zählt, außerordentlich gering; und wenn schließlich von diesen 20 103 Personen, die in neuen Siedlerstellen untergebracht wurden, drei Fünftel bereits früher in der Landwirtschaft beschäftigt war, so ist von den erwarteten sozialen Wirkungen der Siedlungstätigkeit, die doch einen erheblichen Teil der landfremd gewordenen Bevölkerung auf das Land zurückführen sollte, so gut wie gar nichts zu spüren. Nur rund 8000 Personen einschließlich der Haushaltsangehörigen, also knapp 40 Proz. der Siedler, haben ihre Tätigkeit in Handel und Gewerbe oder in anderen Berufen aufgegeben, um auf eigener Scholle eine Existenz zu gründen.

Immerhin ist beachtenswert, daß die Wirkungen des Reichssiedlungsgesetzes doch in einer Steigerung der Landbeschaffung und einer Vermehrung der neugegründeten Siedlerstellen zum Ausdruck kommen. Von den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen oder durch deren Vermittlung wurde Land erworben:

			Davon entfällt auf	
	überhaupt	Moor- und Oedland	Staatsdomänen	sonstiges Siedlungsland
im Jahre	Fläche	Fläche	Fläche	Fläche
1919	22 544	1517	687	20 340
1920	28 918	1547	4 117	23 453
1921	40 082	2308	13 495	24 229
1919/21	91 494	5172	18 299	68 022
	100	5,7	20,0	74,3

Aus dieser Uebersicht geht hervor, daß die vermehrte Landbeschaffung hauptsächlich durch die Bereitstellung von Staatsdomänen herbeigeführt worden ist. Das „sonstige Siedlungsland", das zwar den größten Teil der bereitgestellten Fläche ausmacht, wurde in den letzten Jahren in nicht viel größerem Umfange aufgebracht, als schon im Jahre 1919. Auffallend gering ist der Anteil des Moor- und Oedlandes an dem erworbenen Siedlungsland. Durch die Kultivierung von Moor- und Oedland könnte noch für Hunderttausende von Siedlern Arbeit und Brot auf eigener Scholle beschafft werden. Das ist bisher nur in bescheidenstem Umfange gelungen. Denn obwohl die Siedlungsgesellschaften bereits zu Beginn des Jahres 1919 6467 Hektar Moor- und Oedland zu Siedlungszwecken besaßen, wurden nur 3250 Hektar davon zu Siedlerstellen umgewandelt. Demnach ist die Nachfrage nach Moor- und Oedland bei den Siedlern in diesen Jahren verhältnismäßig gering gewesen. Zurückzuführen dürfte das sein nicht nur auf die enormen Baukosten für Siedlungshäuser, sondern auch auf das umfangreiche Betriebskapital, das heute zur Errichtung einer noch so kleinen Landwirtschaft auf neuaufgebrochenem Land erforderlich ist. Hier wäre es Aufgabe der zuständigen Stellen, für eine umfassende Kreditbeschaffung Sorge zu tragen und so den Siedlungslustigen den Aufschluß von Neuland zu erleichtern. Daß übrigens der Ankauf und auch die Enteignung — die letztere wurde nur sehr spärlich angewandt — in den letzten Jahren so wenig zugenommen hat, dürfte zu einem erheblichen Teil daran liegen, daß die unzweifelhaft großen Gewinne in der Landwirtschaft es auch den unrationellsten Betrieben erlauben, ihren Besitz aufrechtzuerhalten, sodaß die Neigung zum Verkauf von Land natürlich sehr gering ist. Der überwiegende Teil dieses so erworbenen Bodens entstammt großen Gütern.

Prüft man die Statistik nach den Ergebnissen der Siedlungstätigkeit, so ist es auffallend, daß von den in den drei Jahren geschaffenen 4739 Siedlerstellen mit einer Fläche von 44 130 Hektar 59,3 Prozent, also fast weit mehr als die Hälfte, auf Stellen von weniger als 5 Hektar entfallen. Mehr als ein Drittel, nämlich 33,6 v. H., der Stellen hatte sogar noch nicht einmal einen halben Hektar. Daraus geht eindeutig hervor, daß der weitaus überwiegende Teil der hier geschaffenen Siedlerstellen Anliegersiedlungen sind, daß jedenfalls selbständige landwirtschaftliche Betriebe mit Hilfe der Siedlungstätigkeit nur in sehr geringem Umfange entstanden sind.

Aus all diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Siedlungstätigkeit, von der man sich so viel versprochen hat, noch immer in den Kinderschuhen steckt und daß es gewaltiger Arbeit bedarf, um dem Siedlungsgedanken zum Siege zu verhelfen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 8. März.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

			7. März.	6. März.
Amsterdam	1	fl.	8179.50	8917.65
Brüssel (Antwerpen)	1	Frs.	1087.27	1199.49
Kristiania	1	Kr.	3780.52	4109.90
Kopenhagen	1	Kr.	3960.07	4304.21
Stockholm	1	Kr.	5516.17	5999.41
Helsingfors	1	finn. Mk.	575.30	626.43
Rom	1	Lire	977.55	1079.79
London	1	£	97725.—	106233.75
New York	1	Doll.	20623.31	22518.56
Paris	1	Frs.	1246.87	1374.55
Zürich	1	Frs.	3837.88	4204.46
Madrid	1	Pesetas	3204.46	3506.21
Wien	100	Kr.	28.27	31.42
Prag	1	Kr.	611.46	668.32
Budapest	1	Kr.	6.70	7.45

Vermischte Nachrichten.

Valutaporto. Das Stadtporto in Neuyork kostet 2 Cents, aber wegen der Markentwertung kostet ein Brief von Berlin nach Neuyork nur den Wert von ½ Cents in deutschen Briefmarken. Eine Neuyorker Handelsfirma ist nun auf den Gedanken gekommen, von diesem Tarifunterschied zu profitieren. Sie ließ eine große Anzahl Zirkulare in Berlin drucken, von wo sie diese ihren Kunden in Neuyork, mit einer deutschen 50 Mark Briefmarke frankiert, die ¼ Cent gleichkommt, zuschicken ließ. Sie ersparte auf diese Weise ¾ der Portokosten, die für Versendung der Zirkulare in Neuyork selbst erforderlich gewesen wären. Die amerikanische Postverwaltung beschäftigt sich damit, ein Mittel zu finden, eine Verbreitung dieses „erfinderischen" Systems zu verhindern.

Wiedereinführung der Sommerzeit? Es sind Bestrebungen im Gange, in diesem Jahre die Sommerzeit wieder einzuführen. Die Bestrebungen werden von der Industrie stark unterstützt und der Reichsverband der deutschen Industrie steht der Angelegenheit fördernd gegenüber. Die Beratungen hierüber sind im Reichsministerium des Innern im Gange und dürften im Sinne der Einführung einer Sommerzeit voraussichtlich ausfallen.

Deutschvölkischer Seelenaufschwung. Eben jetzt, in den Tagen höchster Not Deutschlands, findet sich in einem braven deutschvölkischen Blatt, der „Braunschweiger Landeszeitung", folgendes reizende Inserat:

Nur für Ausländer.

Rittergut in Pomerellen, 7700 Morgen, erstklassiges Objekt mit viel Wald und sehr gutem Boden, erstklassiges Inventar, herrlicher Wohnsitz, für 150000 Dollar zu verkaufen. Eilofferte an W. Triebeß, Caspariststraße Nr. 4.

Ei, die Patrioten! Käme ein Franzose mit dieser Summe auf dem Präsentierteller, wie schnell würde er Eigentümer eines urteutonischen und hochfeudalen Rittergutes werden, dieweil sich die Krämer in den Vorstädten scheuen, „französisch sprechenden Ausländern" ein Viertelpfund Käse zu verkaufen!

Tragisches Ende einer Hochzeitsfeier. Einen tragischen Ausgang nahm eine Vermählungsfeier, die in dem pommerschen Dorfe Alt-Stüderitz (Kreis Dramburg) abgehalten wurde. Dort hatte der Pfarrlandspächter Utke seiner Tochter eine Hochzeit angerichtet, bei der die Gäste noch bis in die frühen Morgenstunden hinein zusammenblieben. Während der Tafel verschwand der Ehemann und die junge Braut wartete vergebens auf seine Rückkehr. Schließlich wurde der Vermißte nach längerem Suchen im Pferdestall tot aufgefunden, wo er seinem Leben durch Erhängen ein Ende bereitet hatte. Die Motive der Tat sind nicht bekannt.

Schreckenstat eines Familienvaters. Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich in der Wohnung des Arbeiters Hofschulte in München, der auf seine drei Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren schoß und sie so schwer verletzte, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Sie erhielten alle drei Kopfschüsse. Nach der Tat tötete sich Hofschulte selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Schiffsuntergang. Nach einem Telegramm aus London ist der Dampfer „Heimdall" in einem orkanartigen Sturm an der englischen Küste gestrandet und total zum Wrack geworden. Ein Teil der Besatzung ist gerettet. Der Kapitän, der erste Steuermann und fünf Mann der Mannschaft werden vermißt.

Das Amulett.

Novelle von C. F. Meyer.

4. Fortsetzung.

„Logisch?" fragte Boccard. „Was ist logisch?"

„Was sich nicht selbst widerspricht," ließ sich der Rat vernehmen, den mein Eifer zu belustigen schien.

„Die Gottheit ist allwissend und allmächtig," fuhr ich mit Siegesgewißheit fort, „was sie voraussieht und nicht hindert, ist ihr Wille, demnach ist allerdings unser Schicksal schon in der Wiege entschieden."

„Ich würde euch das gern umstoßen," sagte Boccard, „wenn ich mich jetzt nur auf das Argument meines Oheims besinnen könnte! Denn er hatte ein treffliches Argument dagegen . . ."

„Ihr tätet mir einen Gefallen," meinte der Rat, „wenn es euch gelänge, euch dieses trefflichen Arguments zu erinnern." —

Der Fryburger schenkte sich den Becher voll, leerte ihn langsam und schloß die Augen. Nach einigem Besinnen sagte er heiter: „Wenn die Herrschaften geruhen, mir nichts einzuwerfen und mich meine Gedanken ungestört entwickeln zu lassen, so hoff' ich, nicht übel zu bestehen. Angenommen also, Herr Schadau, ihr wäret von eurer calvinistischen Vorsehung seit der Wiege zur Hölle verdammt — doch bewahre mich Gott vor solcher Unhöflichkeit — gesetzt denn, ich wäre im voraus verdammt; aber ich bin ja, Gott sei dank, kein Calvinist" . . . Hierauf nahm er einige Krumen des vortrefflichen Weizenbrotes, formte sie mit den Fingern zu einem Männchen, das er auf seinen Teller setzte mit den Worten: „Hier steht ein von Geburt an zur Hölle verdammter Calvinist. Nun gebt acht, Schadau! — Glaubt ihr an die zehn Gebote?"

„Wie Herr?" fuhr ich auf.

„Nun, nun, man darf doch fragen. Ihr Protestanten habt ja manches Alte abgeschafft! Also Gott befiehlt diesem Calvinisten: Tue das! Unterlasse jenes! Ist solches Gebot nun nicht eitel böses Blendwerk, wenn der Mann zum voraus bestimmt ist das Gute nicht tun zu können und das Böse tun zu müssen? Ut einen solchen Unsinn mutet ihr der höchsten Weisheit zu? Richtig ist das, wie dies Gebilde meiner Finger!" und er schnellte das Brotmännchen in die Höhe.

„Nicht übel!" meinte der Rat.

Während Boccard seine innere Genugtuung zu verbergen suchte, musterte ich eilig meine Gegengründe; aber ich wußte in diesem Augenblick nichts Triftiges zu antworten und sagte mit einem Ausdruck unmutiger Beschämung: „Das ist ein dunkler, schwerer Satz, der sich nicht leichthin erörtern läßt. Uebrigens ist seine Behauptung nicht unentbehrlich, um den Papismus zu verwerfen, dessen augenfällige Mißbräuche ihr selbst, Boccard, doch nicht leugnen könnt. Denkt nur an die Unsitten der Pfaffen!"

„Es gibt schlimme Vögel unter ihnen," nickte Boccard.

„Der blinde Autoritätsglaube . . ."

„Ist eine Wohltat für menschliche Schwachheit," unterbrach er mich, „muß es doch in Staat und Kirche wie in dem kleinsten Rechtshandel eine letzte Instanz geben, bei der man sich beruhigen kann!"

„Die wundertätigen Reliquien!"

„Heilten der Schatten St. Petri und die Schweißtüchlein St. Pauli Kranke," versetzte Boccard mit großer Gelassenheit, warum sollten nicht auch die Gebeine der Heiligen Wunder wirken?"

„Dieser alberne Mariendienst" . . .

Kaum war das Wort ausgesprochen, so veränderte sich das helle Angesicht des Fryburgers, das Blut stieg ihm mit Gewalt zu Haupte, zornrot sprang er vom Sessel auf, legte die Hand an den Degen und rief mir zu: „Wollt ihr mich persönlich beleidigen? Ist das eure Absicht, so zieht!"

Auch das Fräulein hatte sich bestürzt von seinem Sitz erhoben und der Rat streckte beschwichtigend beide Hände nach dem Fryburger aus. Ich erstaunte, ohne die Fassung zu verlieren, über die ganz unerwartete Wirkung meiner Worte.

„Von einer persönlichen Beleidigung kann nicht die Rede sein," sagte ich ruhig. „Wie konnte ich ahnen, daß ihr, Boccard, der in jeder Aeußerung den Mann von Welt und Bildung bekundet und der, wie ihr selbst sagt, gelassen über religiöse Dinge denkt, in diesem einzigen Punkte eine solche Leidenschaft an den Tag legen würdet."

„So wisset ihr denn nicht, Schadau, was im ganzen Gebiet von Fryburg und weit darüber hinaus bekannt ist, daß unsere liebe Frau von Einsiedeln ein Wunder an mir Unwürdigem getan hat?"

„Nein, wahrlich nicht," erwiderte ich. „Setzt euch, lieber Boccard, und erzählt uns das."

„Nun, die Sache ist weltkundig und abgemalt auf einer Votivtafel im Kloster selbst.

In meinem dritten Jahre befiel mich eine schwere Krankheit und ich blieb infolge derselben an allen Gliedern gelähmt. Alle erdenklichen Mittel wurden vergeblich angewendet, aber kein Arzt wußte Rat. Endlich tat meine liebe gute Mutter barfuß für mich eine Wallfahrt nach Einsiedeln. Und, siehe da, es geschah ein Gnadenwunder! Von Stund an ging es besser mit mir, ich erstarkte und gedieh und bin heute, wie ihr seht, ein Mann von gesunden und geraden Gliedern! Nur der guten Dame von Einsiedeln danke ich es, wenn ich heute meiner Jugend froh bin und nicht als ein unnützer, freudeloser Krüppel mein Herz in Gram verzehre. So werdet ihr es begreifen, liebe Herren, und natürlich finden, daß ich meiner Helferin zeitlebens zu Dank verbunden und herzlich zugetan bleibe."

Mit diesen Worten zog er eine seidene Schnur, die er um den Hals trug und an der ein Medaillon hing, aus dem Wams hervor und küßte es mit Inbrunst.

Herr Catillon, der ihn mit einem seltsamen Gemisch von Spott und Rührung betrachtete, begann nun in seiner verbindlichen Weise: „Aber glaubt ihr wohl, Herr Boccard, daß jede Madonna diese glückliche Kur an euch hätte verrichten können?"

„Nicht doch!" versetzte Boccard lebhaft, „die Meinigen versuchten es an manchem Gnadenorte, bis sie an die rechte Pforte klopften. Die liebe Frau von Einsiedeln ist eben einzig in ihrer Art."

„Nun," fuhr der alte Franzose lächelnd fort, „so wird es leicht sein, euch mit eurem Landsmann zu versöhnen, wenn dies bei eurem wohlwollenden Gemüt und heiteren Naturell, wovon ihr uns allen schon Proben gegeben habt, noch notwendig sein sollte. Herr Schadau wird seinem harten Urteil über den Mariendienst in Zukunft nicht vergessen die Klausel anzuhängen mit ehrenvoller Ausnahme der lieben Frau von Einsiedeln."

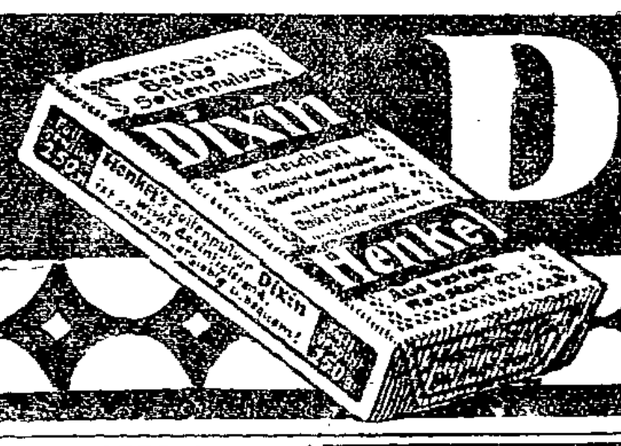
„Dazu bin ich gerne bereit," sagte ich, auf den Ton des alten Herrn eingehend, freilich nicht ohne eine innere Wallung gegen seinen Leichtsinn.

Da ergriff der gutmütige Boccard meine Hand und schüttelte sie treuherzig. Das Gespräch nahm eine andere Wendung und bald erhob sich der junge Fryburger, gute Nacht wünschend und sich beurlaubend, da er morgen in der ersten Frühe aufzubrechen gedenke.

Nun erst, da das erregte Hin- und Herreden ein Ende genommen hatte, richtete ich meine Blicke aufmerksamer auf das junge Mädchen, das unserm Gespräch stillschweigend mit großer Spannung gefolgt war, und erstaunte über ihre Unähnlichkeit mit ihrem Vater oder Oheim. Der alte Rat hatte ein fein geschnittenes, fast furchtsames Gesicht, welches kluge, dunkle Augen bald wehmütig, bald spöttisch, immer geistvoll beleuchteten; die junge Dame dagegen war blond und ihr unschuldiges, aber entschlossenes Antlitz beseelten wunderbar strahlende blaue Augen.

„Darf ich euch fragen, junger Mann," begann der Parlamentär, „was euch nach Paris führt? Wir sind Glaubensgenossen und wenn ich euch einen Dienst leisten kann, so verfügt über mich."

Fortsetzung folgt.



Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

13830

Besonders billiges Fleisch-Angebot!

Ia. Kalbfrikassee	Pfd. 1200.—
Ia. Bratenstücke	„ 1400.—
Ia. Keule und Rücken	Pfd. 15—1600.—
Ia. Gulasch und Gehacktes	Pfd. 2000.—
Ia. fettes Schweinefleisch	„ 3600.—
Ia. frisches Suppenfleisch	„ 3200.—
Ia. frische Ochsenherzen	„ 1800.—
Ia. frische Ochsenleber	„ 2400.—
Ia. Ochsenzunge	„ 3000.—
frische Kuheuter	„ 1200.—
Ia. fett. Leberwurst u. Gekochte	„ 3000.—
Ia. Blutwurst	„ 1200.—
Ia. Kopffleisch	„ 800.—
Ia. fetter Speck (geräuchert)	„ 5500.—
Ia. dän. Blasenschmalz	„ 4400.—
Ia. frisch ausgel. Rindertalg	„ 3000.—

Herm. Atmer, (13871
Wahmstr. 8. Fernruf 8320.

---

8 billige Tage

vom 9.—17. März.

Einsatzhemden jede Größe v.	6950
Starke H.-Hosen	12500
Herren-Hüte	3500
Herren-Socken, grau	495
Gute Gummiträger	975
Taschentücher	295
Damen-Schürzen	v. 2950
Gute Korsette	v. 1950
Gute Untertaillen	v. 1980
Damenstrümpfe	v. 750

Außer den angeführten Sachen ist mein ganzes Lager im Preise **bedeutend ermäßigt** und kann ich meiner werten Kundschaft empfehlen, von diesem günstigen Angebot Gebrauch zu machen.

Heinr. Beuck
Brockesstraße 25. 13845

Schuh-Buchholz

Schmiedestraße 4 Gr. Burgstr. 36

ist billig!

Damen-Schnürstiefel, Lackleder v. 19 500 an
„ Stiefel, Lackleder „ 29 500 an
„ Lackstiefel m. braunen Schaft „ 30 000 an
Herren-Stiefel, billiger Wert „ 24 500 an
„ Lackleder „ 32 500 an
Kinderstiefel in allen Größen sehr preiswert!
Arbeitsstiefel v. 50 000 an, Schaftstiefel v. 450 000 an
Sandalen, Ein- und Ausziehstiefel! (13854

Wegen Geschäftsübernahme

verkaufe ich Kurzhalle (13860

Kolonialwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Dankbar ff. **O. Reincke.**

H. Kristeln, Grabsteine,

Sand- und Zementmacht, Gerüste,

[illegible]

Johs. Mustin, Sch- und Schlosserei,

Herrenbrücke 14—22, Schwert. Allee 42.

Telephon 3740. (13851

Visitenkarten

werden in modernster Ausführung angefertigt bei

Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Die freien Gewerkschaften,
die freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände,
die Gewerkschaften der Beamten,
vereinigt

im ADGB., in der Afa,
im Allgem. Deutschen Beamtenbund

haben zusammen ca.

28000 Mitglieder

Das offizielle Publikationsorgan obiger Organisationen ist der

Lübecker Volksbote

Wer deshalb im „Lübecker Volksboten"

inseriert,

erzielt

durchschlagenden Erfolg.

13872

Zur Mühle

Beckergrube 61.

ff. Weizenmehl 70% ℔	730
Buchweizenmehl ℔	850
Kartoffelmehl „	640
Gerstarütze „	850
Graupen „	850
Gesott. Hafergrütze „	900
Haferflocken „	900
Grober Gries „	850
Reis ℔	620, 790, 970
Reismehl ℔	880

(13858)

Kakao
¼ Pfd. 800 u. 1000 Mk.

Kartoffelmehl
weißes, Pfd. 600 Mk.

Sirup (13852
Pfund 400 Mk.

Marmelade
Pfund 390 Mk.

Kunsthonig
Pfund 590 Mk.

Sauerkohl
Pfund 70 Mk.

Eduard Speck,
Hüxstr. 80-84.

Alle
Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (13828

Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

---

77 Hüxstraße 77

Abbau

Die Preise sprechen für sich.
Die Qualitäten eine Klasse für sich.

Hemdentuch in Ia. Qual. cm. 80 br.	2300.—, 2400.—,	1900.—
„ in Ia. Qual. 130 br.		6200.—
Linon „ 130 br.		6800.—
Streifsatin „ 140 br.		7200.—
Züchen „ 130 br.		6500.—
Streifinlett „ 130 br. für Unterb., gar. federdicht		6500.—
Köperbarch. in Ia. Qual., ungebl.		2300.—
Piké in Ia. Qual., weiß gebl.		2900.—
Handtuch Gerstenkorn		1300.—
Damen-Hemden Ia. Qual. von		6500.—
„ -Beinkleider Ia. Qual. v.		6200.—
Untertaillen m. reich. Stick. von		1800.—
D.-Unterröcke, weiß, Stick.-Garn.		5600.—
Prinzeß-Röcke „ „ „		5200.—
Perkale f. Oberhemden u. Blusen		2400.—
Zephir für Sportblusen u. Kleider		2400.—
Blusenstreifen, helle u. dkl. Dess.		2800.—
„ Halbwolle		3400.—
Kleiderstoff, schwarz, wß. 90 br.		2900.—
Kleiderschoffen i. gr. Ausw. „		3200.—
Voileline „	von	2100.—

Sie **müssen** unsere mit unendlicher Geduld und Sachkenntnis ausgesuchten Qualitäten **persönlich prüfen,** damit Sie die Vorteile, die wir Ihnen bieten, kennen lernen. (13855

J. Wisternann & Co.

77 Hüxstraße 77

Luisenlust. 13867 Morgen, Freitag **Tanzkränzchen.**

Zentral-Theater

Erster großer Friedensfilm:

Die Glocke

5 Akte, Frei nach **Schiller**schen Motiven bearbeitet.

Unter gütiger Mitwirkung des
Opernsängers Herrn

Josef Immendorf

früher Mitglied am Stadttheater Lübeck, und

Fräul. Jise Mestrum

Hannover

Der Film ist sehr aktuell, versinnbildlicht die Idee des Völkerfriedens, verurteilt Gewalt und Unterdrückung und weist den Blick auf zukünftigen Frieden und häusliches Glück.

Mitwirkende Künstler:
HERMANN PICHA, FRIEDA RICHARD, GUST. SEMMLER, GRITA VAN RYT.

Maciste in falschem Verdacht

italienisches Abenteurerschauspiel in 5 Akten. Ein halsbrecherischer, flott gespielter Artistenfilm mit internationaler Empfehlung und faszinierender Wirkung.

Das Wunderei.

Ein lustiger Filmscherz.

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnab., 10. März abends 6½ Uhr.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über stattgefundene Lohnbewegungen.
2. Bericht vom Ortsausschuß.
3. Bericht d. Kommission betreffs Vorstandsentschädigung.
4. Eingänge.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

13834) **Der Vorstand.**

Theater-Verein Einigkeit

Großer Theater-Abend

Freitag, den 9. März im Konzerthaus „Flora"

Lotte vom Schwarzwald

Volkstück in 5 Aufzügen.
Oeffnung 6½ Uhr.
Anfang 7½ Uhr.
Eintr. 200 Mk. m. Steuer.
Karten an der Kasse.
Kinder haben zu dieser Vorstell. keinen Zutritt.
(13851)

Theater-Verein „Sirius"

Hamburg.

I. Großer Theaterabend

in Lübeck am Sonnab., 10. März

im Gewerkschaftshaus:

Die spanische Fliege.

Kassenöffnung 7 Uhr.
Preis M. 300. (13856

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

(13862

Die Betriebsrätesitzung findet heute abend nicht statt.

Die Betriebsratsvorsitzenden und Stellvertreter werden zu morgen abend 8 Uhr in das Bureau, Hundestraße, gebeten.

Die Ortsverwaltung.

Fledermaus

Anfang 7½ Uhr.

Hansa-Theater.

Nur noch **heute Donnerstag** und morgen **Freitag** 7½ Uhr:

Meine Frau, das Fräulein.

Mit **Henry Vahl** als Gustav Bollmann.

Sonnabend 7½ Uhr:

Uraufführung unter persönlich. Leitung des Komponisten!

Die Prinzessin von Navarra.

Operette in 3 Akten von Edmund Kellner. (13831

Stadttheater Lübeck

Donnerst. 7.30, Ab. A: Letztes Gastspiel **Paavo Jännes** in: **Heideschuster.** (13809
Freitag 7.30, Ab. C: **Der Corregidor.** Oper von Hugo Wolf.
Sonnabend 7.30, 14. Ab.-Vorst.: **Der Wildschütz**
Sonntag 2.15: Fremd. Vorst. **Martha.**
7.30: Zum letzt. Male. **Die Fledermaus.**

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Donnerstag, 8. März 1923. Nummer 57.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 8. März.

Die Gestaltung unseres Schulwesens.

Der Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft gibt über die Denkschrift der Oberschulbehörde betreffend **zukünftige Gestaltung unseres Schulwesens und Behebung der Raumnot** einen längeren Bericht heraus, dem wir folgendes entnehmen: Zur Prüfung der Raumnot und der in der Denkschrift enthaltenen, übrigens zum Teil mehr als dürftigen Angaben ernannte der ständige Ausschuß einen Unterausschuß, der auftragsgemäß das Johanneum, das Katharineum, die Berend-Schröderische Schule, die 3. Mädchen-Mittelschule, die Oberrealschule und die Stadtbibliothek besichtigte, und dessen Vorsitzender Bürgerschaftsmitglied Stahlschmidt das Ergebnis in folgenden Bemerkungen und Vorschlägen niederlegte:

1. Die Berend-Schröderische Schule macht räumlich einen überaus trostlosen Eindruck; sie ist in einem Privathause untergebracht. Für 15 Klassen stehen elf Räume zur Verfügung; zwei Klassen haben nur Nachmittagsunterricht, zwei Taubstummenklassen befinden sich in der Glockengießerstraße. Die Klassenräume sind **klein, niedrig und teilweise dunkel, schädlich für Augen und Gesundheit.** Die Feuersicherheit läßt mehr als alles zu wünschen übrig. Die Räume eignen sich so wenig zum Schulbetrieb, daß die Forderung unbedingt erhoben werden muß, dieses Gebäude so schnell als möglich aus dem Schulbetriebe herauszuziehen. Es wurde der Gedanke angeregt, die 3. Knaben-Mittelschule in der Fleischhauerstraße mit der 1. zu vereinigen oder in einem Neubau unterzubringen und diesen Raum der Berend-Schröderschen Schule zur Verfügung zu stellen.

2. Die 3. Mädchen-Mittelschule (zurzeit 380, ab Ostern etwa 320 Schülerinnen) gibt ebenfalls vom **pädagogischen, gesundheitlichen** und **feuersicherheitlichen** Standpunkte aus bezüglich der Räume zu so **schweren Bedenken** Anlaß (das trifft in erhöhtem Maße auf die Räume der ehemaligen Dietiaschen Schule zu), daß der jetzige Zustand unbedingt aufs schnellste zu ändern ist. Zudem ist die Schule auf drei Privatgebäude verteilt, in der Königstraße, Wahmstraße und Johannisstraße, so daß auch hierdurch der Unterrichtsbetrieb erhebliche Störungen erleidet. Die Oberschulbehörde weist in ihrem der Bürgerschaft vorgelegten Berichte vom 18. August 1922 selbst darauf hin, daß sie die **Verantwortung bei Unfällen nicht übernehmen** könne. Da sonstige Schulräume nicht vorhanden sind, sieht der Unterausschuß nur die einzige Möglichkeit zur Hebung der Raumnot in der **Errichtung eines doppelzügigen Mittelschulgebäudes,** womit bei den überaus traurigen Verhältnissen dieser Schulen nicht länger gewartet werden sollte.

3. Die Raumnot der Stadtbibliothek ist vom Unterausschuß einstimmig anerkannt und bestätigt. Der bereits 1908 geplante Erweiterungsbau, der zu einem Ankauf von privatem Grund und Boden in der Hundestraße geführt hat, ist zurzeit der hohen Kosten wegen kaum auszuführen. Sofort aber, und als unumgänglich nötig, muß eine Bereitstellung von ergänzenden Räumen erfolgen, soll nicht die Verwaltung schwer beeinträchtigt und die Aufstellung von Büchern unmöglich werden. Als einzige Möglichkeit hierzu bleibt bei der Schwierigkeit eines Anbaues die Hinzuziehung von Räumen des Katharineums. Beide Anstalten, Bibliothek und Katharineum, müßten dieser Schwierigkeit Rechnung tragen. Unter diesem Gesichtspunkte hält der Unterausschuß die Abstellung folgender räumlicher Mängel für unbedingt erforderlich, aber auch zurzeit bis auf weiteres für ausreichend: Das Büchermagazin ist jetzt schon überfüllt und bedarf für den erfolgenden Zugang an Büchern (etwa 3000 jährlich) an neuer Bodenfläche jährlich ungefähr 25 Quadratmeter. Sehr kostbare Bücher haben zudem in den nicht heizbaren Magazinräumen erheblich gelitten. Für Magazinräume ist daher eine auf Jahre ausreichende Raumfläche zur Bibliothek zu schlagen, die mit den vorhandenen Räumen in Verbindung stehen müßte. Eine kleine Hausbuchbinderei wäre hiermit zu verbinden.

Der Lesesaal mit zurzeit nur 19 Sitzplätzen hat sich längst als zu klein erwiesen. Entsprechend dem Besuche an Nachmittagen und Abenden ist ein Lesesaal mit etwa 50 Plätzen erforderlich.

Die Bücherausleihstelle ist bei dem jetzigen Andrange zu klein; der Verkehr stört zudem erheblich die Arbeiten der im selben Raum untergebrachten wissenschaftlichen Bibliothekare und Bureaubeamten, so daß eine Trennung der Ausleihstelle von dem Beamtenarbeitsraume erfolgen muß. Ob das jetzige Lesezimmer zweckmäßigerweise den Beamten zu überlassen oder als Ausleihstelle zu benutzen wäre, bedarf einer näheren Prüfung.

4. Vorschulklassen. Nach dem Bericht der Oberschulbehörde werden bis Ostern d. J. an höheren und Mittelschulen etwa 70 Vorklassen aufgehoben sein, die aber doch für andere Zwecke nicht frei würden, weil die höheren Schulen diese Räume selbst benutzen würden. Der Unterausschuß aber ist der Meinung, daß es unbedingt erforderlich ist, der größten Raumnot weit bedürftigerer Anstalten zuerst Abhilfe zu verschaffen und dann erst den nur etwa wünschenswerten Bedürfnissen der höheren Schulen Rechnung zu tragen. Es muß auch verlangt werden, daß die infolge des Vakuums Ostern 1924 (Vorschulen: drei Stufen, Grundschule aber vier Stufen) frei werdenden Räume den an der größten Raumnot leidenden Anstalten zur Verfügung gestellt werden. Hierbei sind auch die Bedürfnisse der Volksschulen der inneren Stadt im Auge zu behalten. Wenn der vorhandene Raum so im weitesten Maße zweckmäßig verwendet wird und wenn die sonstigen zur Verfügung stehenden Gebäude zweckmäßig ausgenutzt werden, läßt sich nach Meinung des Unterausschusses die Errichtung eines anderen Volksschulgebäudes, eines Oberrealschulgebäudes und eines neuen Flügels für die Stadtbibliothek, die an sich notwendig und seit 1908 geplant sind, unter dem Zwange der jetzigen Geldnot für einige Jahre hinausschieben. Gleichzeitige Voraussetzung hierfür wäre eine Umstellung und Ueberführung des Realzweiges des Katharineums zum Johanneum, die raumtechnisch, wie gezeigt werden wird, möglich ist. Statt zweier verschieden gestalteter Realgymnasialanstalten würde dann nur eine Anstalt mit voll ausgenutzten Räumen geführt werden.

4a. Johanneum. Wie schon ein Ausschußbericht des gemeinsamen Ausschusses von Senat und Bürgerschaft 1917, Nr. 17, betonte, ist das Johanneum nicht hinreichend gefüllt. In 24 Klassen mit 840 Sitzplätzen werden Ostern d. J. etwa 540 Johanneum-Schüler unterzubringen sein (weshalb provisorisch zurzeit drei Klassen und ein vierter Raum der Handelsschule eingeräumt sind), so daß für eine erheblich höhere Schülerzahl sich hier Platz findet, rein raumtechnisch genommen auch für den Realzweig des Katharineums (mit zurzeit 169 Schülern in U III bis O I und anteilig etwa 100 Schülern in den drei unteren Klassen). Es müßte vielleicht dabei die Zahl der aufzunehmenden Schüler für die höheren Schulen vom Staate geregelt werden. Die geplante Verstaatlichung der Reimannschen Realschule wird voraussichtlich teils eine Abwanderung mancher Schüler dieser Anstalt auf die Mittelschulen, teils einen Zugang von Schülern des Johanneums zu dieser Anstalt zur Folge haben und so im Johanneum noch mehr Platz frei machen. Eine etwaige Verlegung der Handelsschule nach der jetzigen Reimannschen Schule, die ihrerseits nach der von der Oberschulbehörde in Aussicht genommenen Verstaatlichung im jetzigen Lehrerseminar unterzubringen wäre, würde auch drei weitere Klassen im Johanneum frei machen. Ostern 1924 wird am Johanneum, wie an den anderen höheren Schulen infolge der Vierjährigkeit der Grundschule (die Vorschulen haben nur drei Jahrgänge) eine Lücke von einem Jahrgang entstehen, die dort weitere drei Klassen 1924 unbesetzt lassen wird.

4b. Das Katharineum wird in den gemeinsamen Klassen VI—IV von 211 Schülern, der humanistische Zweig U III bis O I von 116, der entsprechende Realzweig von 169 Schülern besucht. Die unlängst erfolgte weitere Gabelung von Klassen des Realzweiges hat frei gewordene Räume in Anspruch genommen. Ostern 1923 werden durch Aufhebung der letzten Vorschulklassen zwei Räume frei. Einer derselben soll als Warte- und Sprechzimmer für die Eltern dienen. Der andere Raum wird als weiterer Lehrmittelraum beansprucht; die Notwendigkeit hierzu muß gegenüber anderen erwähnten dringlicheren Notwendigkeiten vom Unterausschuß entschieden bestritten werden. 1924 werden auch hier durch den Ausfall des vierten Grundschuljahrganges drei neue Klassenräume frei, über deren Verwendung bereits oben Vorschläge gemacht sind.

5. Die Oberrealschule und die Gewerbeschule. Pläne für einen Neubau der Oberrealschule sind bereits seit mehr als 10 Jahren ausgearbeitet, aber leider infolge mancher Bedenklichkeiten nicht ausgeführt worden. Der Schulbetrieb verteilt sich jetzt auf drei verschiedene Stätten und wird dadurch gestört. Im Hauptgebäude der Schule sind nur fünf eigentliche Klassenzimmer; die übrigen 15 Klassen sind im gegenüberliegenden ehemaligen Pflügschen Hause und in der Dom-Knabenschule (acht Klassen) untergebracht. Einige Abhilfe wird auch hier die Aufhebung der Vorschulklassen und das Fehlen des 1924er Jahrganges bringen. Falls ein Neubau nicht in Frage kommt, wäre zu prüfen, ob nicht ein Teil der der Oberrealschule zunächstliegenden Gewerbeschule der Oberrealschule zugeteilt und räumlich mit ihr verbunden werden könnte, während die Gewerbeschule die Räume der jetzigen Baugewerbeschule erhalten könnte; die somit frei werdenden Klassen in der Domknabenschule fänden für andere Schulzwecke zur Verfügung. Für den Fall eines Neubaues der Oberrealschule würde es, worauf der Ausschuß schon jetzt hinweist, offenbar zweckmäßig und leicht sein, das Hauptgebäude für geeignete Säle der Gewerbeschule umzubauen. Besonders muß noch auf die unzuträglichen baulichen Verhältnisse der Schulwärterwohnung im Keller der Oberrealschule hingewiesen werden.

6. Lehrerseminar, Handelsschule, Reimannsche Schule. Ueber die Verwendung des seit 1920 im Abbau befindlichen Lehrerseminars äußert sich die Denkschrift der Oberschulbehörde nicht. Sie sagt nur, daß im Falle der Beibehaltung der pädagogischen Ausbildung der Lehrer das Lehrerseminar dauernd zwei Jahrgänge führen werde.

Der Unterausschuß weist darauf hin, daß für den Fall einer Verstaatlichung der Reimannschen Realschule das jetzige Lehrerseminar ihm für die Unterbringung dieser Realanstalt als am besten geeignet erscheint. Wie bereits bemerkt, wird ein Uebergang einer Reihe von Schülern der Reimannschen Schule im Falle der Verstaatlichung zu den Mittelschulen und ein Zugang von Schülern des Johanneums zu dieser staatlichen neuen Anstalt zu erwarten sein.

Ferner wurde die bekannte Raumnot der öffentlichen Handelsschule, der dann das geräumige Gebäude der jetzigen Reimannschen Schule zugewiesen werden könnte, dadurch endgültig behoben sein.

Der Gesamtausschuß hat diesem Bericht noch besondere Bemerkungen angefügt und fordert, daß der vorliegende Bericht ungesäumt von der Oberschulbehörde zu prüfen ist, um die gemachten Vorschläge möglichst schnell zu Anträgen zu verdichten, und zwar im Einvernehmen mit der Baubehörde und dem Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft. Er beantragt folgende Ersuchen:

1. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Oberschulbehörde zu beauftragen, den von dem Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft erteilten Bericht ungesäumt zu prüfen und den darin geäußerten Vorschlägen und Forderungen entsprechend Schritte zur Behebung der Raumnot vom Standpunkte einer Planwirtschaft im Einvernehmen mit der Baubehörde und dem Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft zu unternehmen.

2. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Oberschulbehörde zu beauftragen, der Bürgerschaft umgehend einen Bericht über die Ablösung des Realzweiges des Katharineums und seine Ueberführung an das Johanneum zu erstatten.

Ist Lübeck eine teure Stadt?

Je nach der sozialen Stellung des Antwortenden wird die Frage verschiedenartige Antwort finden, was namentlich bei örtlichen oder bezirklichen Lohnabmachungen deutlich zum Ausdruck kommt. Während nämlich die Arbeiter — und namentlich deren Frauen — annehmen zu können glauben, daß Lübeck sich mit seinen Preisen in jeder Beziehung sehen lassen könne (nämlich was die Höhe anlangt), finden sich Unternehmer, die der gegenteiligen Meinung und allen Ernstes bestrebt sind, die ausgleichenden Teuerungszuschläge für Lübeck herabzusetzen, weil — ja weil es sich hier doch verhältnismäßig billig leben läßt.

Die in der Ueberschrift gestellte Frage findet eine unparteiische Antwort in einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts über die Kleinhandelspreise von Lebensmitteln in einer Reihe deutscher Großstädte am 17. Januar. Der Raummangel verbietet uns die Veröffentlichung der vollständigen Uebersicht. Wir entnehmen ihr deshalb nur die Angaben, die zur Klärung der Frage: „Ist Lübeck eine teure Stadt?" beizutragen geeignet sind. Es kostete am 17. Januar d. J. ein Kilogramm nachstehend genannter Ware an den angegebenen Orten:

	Lübeck	Hamburg	Berlin	Hannover
Roggenbrot, amtl. Preis	236,7	310,0	300,0	291,0
Roggenbrot, freier Preis	447,4	513,0	518,5	433,3
Weizenmehl, inl., freier Preis	640,0	680,0	680,0	637,0
Graupen, grobe	600,0	580,0	540,0	665,0
Haferflocken	920,0	760,0	720,0	761,0
Vollreis mittl. Güte	720,0	800,0	800,0	723,0
Gelbe Erbsen, ungeschält	800,0	760,0	800,0	720,0
Weiße Speisebohnen	800,0	760,0	720,0	664,0
Kartoffeln ab Laden	28,0	28,0	28,0	25,0
Mohrrüben	30,0	50,0	70,0	26,0
Margarine mittl. Sorte	2400,0	2500,0	2505,0	2378,0
Schweineschmalz, ausl.	4000,0	3900,0	4400,0	3573,0
Streuzucker	640,0	600,0	600,0	600,0
Eier, Stück	248,0	170,0	140,0	106,0
Vollmilch, Liter	248,0	296,0	244,0	188,0
Zusammen:	12650,1	12707,0	13160,5	11791,2

Etwas günstiger steht Lübeck mit seinen Preisen da, wenn man den vorstehenden die Preise für einen Artikel anhängt, der leider ohne Bedeutung bleiben muß, weil er — fast nicht gekauft werden kann. Unter Hinzurechnung der Ausgaben für je 1 Kgr. Rind-, Schweine-, Kalb-, Hammelfleisch und fetten inländischen Speck ergeben sich folgende Zahlen:

Lübeck	Hamburg	Berlin	Hannover
20650,1	29507,0	28760,5	29075,2

Das Fleisch ist also in Lübeck billiger als in den Vergleichsstädten, was aber aus dem oben angegebenen Grunde praktisch belanglos bleibt.

Der Vollständigkeit halber seien Angaben aus einer Reihe deutscher Großstädte wiedergegeben, aus denen vollständiges Vergleichsmaterial vorlag. Danach betrugen die Preise für die oben aufgeführten Artikel (unter Außerachtlassung der Fleischpreise):

Breslau 13 139,0; Dresden 14 340; Königsberg i. Pr. 12 690,0; Magdeburg 12 030,0; Augsburg 13 735,0; Chemnitz 14 427,0; Dortmund 13 392,30; Frankfurt a. M. 16 074,30; Stuttgart 15 415,0.

Und nun vergleiche man die vorstehenden Endsummen mit der der Lübecker Preise; die Antwort auf die Frage: Ist Lübeck eine teure Stadt? wird dann nicht schwer fallen. B.

Manteltarif für die Werften.

Bekanntlich war der Manteltarif für die Seeschiffswerften gekündigt. Die Arbeitnehmer hatten einen Vorschlag eingereicht, der wesentliche Verbesserungen enthielt, worauf die Arbeitgeber mit Vorschlägen antworteten, die ganz erhebliche Verschlechterungen enthielten. Die Verhandlungen hierüber haben sich längere Zeit hingezogen. Nunmehr war die Nordd. Gruppe bereit, den bestehenden Tarif bis zum 31. März 1924 zu verlängern; außerdem soll bei allen nicht fertiggestellten Akkorden 50 Prozent Abschlag gezahlt werden. In der Frage der Schlichtung von Streitigkeiten wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß in Zukunft Einzelstreitigkeiten vor dem Gewerbegericht ausgetragen werden sollen, weitere Verbesserungen waren nicht durchzusetzen. Die Funktionäre der einzelnen Werftorte haben zu diesen Fragen Stellung genommen und haben mit 707 gegen 438 Stimmen beschlossen, den bestehenden Tarif um ein Jahr zu verlängern.

Die Lübecker Funktionäre der Werften standen auf einem andern Standpunkt, sie glaubten, daß die Gründe, die seinerzeit zur Kündigung geführt hatten, auch heute noch bestehen und beschlossen einstimmig, die Kündigung aufrecht zu erhalten; trotzdem werden sie sich dem Mehrheitsbeschluß fügen müssen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Für das hiesige Kinderhospital spendete ein Lübecker in Buenos Aires 150 arg. Papierpesos (etwa 1¼ Millionen Mark).

pb. **Festgenommen** wurde eine Arbeiterin aus Nürnberg, die einer in der Fackenburger Allee wohnhaften Arbeiterin 1 Taufkleid und Wäschestücke im Werte von 20 000 Mark gestohlen hatte.

pb. **Tierschänder.** In der Nacht wurden den Pferden eines in Offendorf wohnhaften Landmannes die Schwänze abgeschnitten, wahrscheinlich in der Absicht, die Haare zu verkaufen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdem. Verein, 10. Distrikt. Freitag, den 9. März, abends 7½ Uhr, im Polierkrug. Vortrag des Gen. Weiß. Der neugewählte Frauenausschuß ist hierzu eingeladen.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Freitag abend 6 Uhr, Sitzung im Rathaus.

Die Versammlung der Siedler beginnt am Freitag abend um 7 Uhr im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses.

Volkshochschulverein. Am Sonnabend, dem 10. März findet in der Aula des Lehrerseminars ein öffentlicher Vortragsabend statt. Dr. Leber wird über „Die Geschichte des deutsch-französischen Gegensatzes" sprechen. Nach dem Vortrag freie Aussprache.

Stadttheater. Freitag wird zum ersten Male Hugo Wolfs Oper „Der Corregidor" gegeben. Sonntag nachm. als Fremdenvorstellung „Martha". Abends zum letzten Male „Die Fledermaus".

Hansa-Theater. Donnerstag und Freitag „Meine Frau, das Fräulein". Sonnabend 7½ Uhr: Uraufführung „Die Prinzessin von Navarra".

Angrenzende Gebiete.

ki. **Stockelsdorf.** Aus dem Werdegang eines Kriegshetzers. Rundschreiben an die Gewerkschaftskartelle und Bezirksvorsitzenden! Werte Genossen! Aus Essen geht mir folgendes Schreiben von der dortigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die Tätigkeit des „Betriebsrates" Zorn, der für die Deutschnationale Partei arbeitet, zu, der die Geister der Kriegsfurie wieder erwecken will. Karl Fick, Kreisleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes.

D. M. V. Verwaltungsstelle Essen, Rheinische Straße 1, 1. Etage.

Essen, den 2. März 1923.

Herrn K. Fick, Mitglied des D. L., Stockelsdorf b. Lübeck.

Werter Kollege! Wir haben uns wirklich nicht gewundert über die Tätigkeit, die das „Betriebsratsmitglied" Zorn dort ausübt und sind Euch recht dankbar, einmal dahinter zu kommen, wie diese Gesellschaft arbeitet. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß wir es unter allen Umständen ablehnen, auch nur im entferntesten mit der nationalen Sippe zusammenzugehen. Es dürfte Euch bekannt sein, daß gerade hier im Ruhrgebiet während des Kapp-Putsches usw. die Arbeiterschaft diese Gesellschaft zur Genüge kennengelernt hat. Für uns ist ein Zusammenarbeiten mit irgendeiner bürgerlichen Partei gerade unter den jetzigen Verhältnissen ausgeschlossen, geschweige denn mit dieser Partei, in deren Reihen sich die Mörderzentrale gegen die Arbeiterschaft befindet. Nun zu erwähntem Zorn: Zorn war vorm Kriege Mitglied des evangelischen Posaunenchors und spielte darin eine ziemliche Rolle. Daß dieser Verein gelbe Tendenzen in sich schloß, ist selbstverständlich. Zorn wurde dann zur Marine eingezogen. Da es ihm an dem nötigen Begriffsvermögen mangelt, hat er auch bei der Marine nichts hinzugelernt. Später finden wir ihn in der Christlichen Gewerkschaft, die, wie bekannt, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, sich aus Katholiken zusammensetzt. Nicht der Fähigkeit oder der Charakterfestigkeit wegen, sondern aus schlauer Taktik hatten die Schwarzen diesen blauen Zorn mit in den Arbeiterrat gewählt. Betriebsrat ist er überhaupt nicht gewesen. Den Christen muß selbst die Einstellung des Zorn zu weit gegangen sein, und so wurde er im vorigen Jahre nicht wieder aufgestellt. Also seit einem Jahre gehört er weder dem Arbeiterrat noch dem Betriebsrat an. Wie uns von gut informierter Seite mitgeteilt wurde, hat zur Nichtwiederaufstellung des Z. dessen ausgesprochenes Streben beigetragen. Dieses sich In-den-Vordergrund-drängen der Eigennutz dieser Person ging sogar den Christen zu weit. Böse Zungen behaupten, daß er, um den geringsten Zusammenstoß mit den Arbeitgebervertretern zu vermeiden, was bekanntlich als Mitglied des Arbeiterrats absolut nicht immer möglich ist, selbst den Wunsch geäußert habe, aus dem Arbeiterrat auszuscheiden. Zusammenfassend möchte ich bemerken, daß Zorn dort leicht erledigt werden kann, da er als christlicher Arbeiter stets ein Gegner unserer Bestrebungen gewesen, als Deutschnationaler es im besonderen war und dadurch, daß er dieser Partei ange-

hörte, stets mehr oder weniger die Geschäfte des Unternehmertums besorgen mußte. Hoffentlich wird dieses genügen. Ich werde mich aber heute noch etwas weiter informieren und sollten sich besondere Momente ergeben, werde ich dorthin berichten. Mit kollegialem Gruß! E. Marquardt.

NB. Habe soeben eine Aussprache mit Mitgliedern des Krupp-Betriebsrates gehabt. Mitgeteilt wurde mir, daß neben Zorn noch weitere Helden Euer Gebiet versuchen. D. O.

Ratzeburg. Geständnis. Der wegen Mordes an dem Landwirt Wilms in Groß-Sarau in das Altonaer Untersuchungsgefängnis eingelieferte Landpächter Jwienkiewicz hat jetzt ein Geständnis abgelegt. Er hat Wilms nach Friedrichsruh begleitet, ihn auf einsamem Wege mittelst eines Revolvers erschossen und dann sein Opfer ausgeraubt.

Hamburg. Die Bürgerschaft zur Beschäftigung der Arbeitslosen. In der Sitzung am Mittwoch wurden die Wahlen zum Präsidium vorgenommen. Zum Präsidenten wurde wieder Genosse Roß gewählt. Zum erstenmal (außer der früheren Alterspräsidentin Helene Lange) wurde eine Frau als Schriftführerin mitgewählt, die Genossin Adele Reiche. Um die Arbeitslosen zu beschäftigen (im Baugewerbe sind es 2000) wurden zwei Vorschläge gemacht; einmal das Gebäude der Finanz-Deputation am Gänsemarkt in Angriff zu nehmen und dafür zunächst 2 Milliarden Mark — im ganzen kostet der Bau 8 Milliarden — zu bewilligen, und zweitens für die Neuherrichtung des Spielplatzes an der Platanenallee im Stadtpark 173 214 000 Mk. zu bewilligen. Diese Anträge wurden angenommen. Weiter wurden 1½ Milliarde für Kleinwohnungsbau bewilligt. Eine wesentliche Erhöhung der Wohnungsbauabgabe ist geplant. . . . Um in diesem Jahre nur 500 neue Wohnungen zu erstellen, würde eine Erhöhung der Wohnungsbau-Abgabe auf das 750fache der Friedensmiete nötig sein. Nach dem Frdbl. soll beim Senat die Absicht bestehen, die Kosten für die diesjährigen Neubauten auf Anleihe — man spricht von 12 bis 15 Milliarden Mark — zu übernehmen und nur die Verzinsung und Rückzahlung durch die Wohnungsbau-Abgabe decken zu lassen. Auf alle Fälle ist aber mit einer Heraufsetzung der Wohnungsbau-Abgabe auf das Sechzig- bis Fünfundsiebenzigfache der Friedensmiete zu rechnen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck

Husten mit Auswurf

müssen Sie schnellstens beseitigen. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm echtem Fagosot-Extrakt durch Aufkochen mit ¼ Pfd. Zucker und ¼ l Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Echter Fagosot-Extrakt ist sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstr. 10. (13829

Amtlicher Teil

Es wird hierdurch nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

Der Senat hat auf Grund des § 8 der Verordnung vom 28. November 1906, betreffend Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen, bestimmt, daß eine Prüfung von Krankenpflegepersonen in der Zeit vom 21. bis 23. März 1923 abzuhalten ist. Zulassungsgesuche sind unter Beifügung der erforderlichen Ausweise (§ 5) dem Physikus, Obermedizinalrat Dr. Riedel, als dem Vorsitzenden der Prüfungskommission, einzureichen.

Lübeck, den 7. März 1923. (13826

Die Senatskanzlei.

Die Verordnung,

betreffend den Marktverkehr in der Markthalle vom 24. Juni 1895

wird folgendermaßen geändert:

I.

§ 11 erhält folgende Zusätze:

i. Die Störung der Ruhe und Ordnung in der Markthalle;

k. die Behinderung anderer in der Benutzung der Markthalle.

Ebenso ist verboten, sich zwecklos in der Halle aufzuhalten; insbesondere ist der Aufenthalt für Kinder ohne Aufsicht Erwachsener, für Betrunkene sowie für diejenigen, welche sich den Anordnungen der Aufsichtsbeamten nicht fügen, verboten.

II.

§ 16 erhält folgenden Zusatz:

Auch können die betreffenden Personen aus der Markthalle gewiesen oder entfernt werden.

Lübeck, den 6. März 1923.

(13837) **Das Polizeiamt.**

Bekanntmachung.

Erlaubnisscheine zum Stubbenroden werden auf den Forstdienststellen zu Waldhusen, Alt-Lauerhof und Wesloe ausgegeben. Die jeweiligen Ausgabezeiten sind dort zu erfahren. Die Scheine, die ständig mitzuführen sind, gelten nur für die Personen, die Zeit und die Forstorte, für die sie ausgestellt sind. Verboten ist: Das Roden ohne Erlaubnisschein, das Betreten nicht freigegebener Holzflächen, das Roden auf einer anderen als der im Rodeschein vermerkten Fläche und das Offenlassen der Stubbenlöcher. Bei Zuwiderhandlung erfolgt Bestrafung nach dem Gesetz vom 15. Juli 1884.

Lübeck, im März 1923. (13839

Die Finanzbehörde.

Bekanntmachung.

Lese- oder Sammelholz

darf in den Revieren Israelsdorf und Kronsforde während der Sommermonate von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, während der Wintermonate von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends und nur an den Werktagen entnommen werden. Lese- oder Sammelholz ist nur trockenes, bis zu 7 cm starkes Holz, welches vom Boden oder Stamm genommen, d. h. vom Boden aufgelesen werden kann. Das Mitnehmen von Äxten, Beilen, Sägen und Haken oder ähnlichen Werkzeugen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach den bestehenden Gesetzen bestraft.

Lübeck, im März 1923. (13840

Die Finanzbehörde.

Forstrevier Ritzerau. Bezirk Ritzerau.

Holzverkauf

am Montag, dem 12. März d. J., von vormittags 10 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Scheel in Ritzerau aus den Forstorten Rodeland, [illegible], Damm und [illegible] der beschränkten Konkurrenz nur für Ritzerau und [illegible]:

104 Rm. Buchen-, Eichen- und Weichholz-Kluft Nr. 51—100, 143—182, 212—221, 270 bis 274, 302—322, 398—405, 419—441, 447 bis 452, 476—478.

33 Stück [illegible] aus dem [illegible] Nr. 163—173. (13866

Ritzerau, im März 1923. Der Oberförster.

Nichtamtlicher Teil

Die endgültigen Stücke unserer Ende v. Js. bezogenen Aktien liegen gegen Einreichung der erteilten Lieferscheine zur Abholung bereit.

Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck. (13887

Fundsachen.

Die im Bereiche der **Lübeck-Büchener und Eutin-Lübecker Eisenbahnen** in der Zeit vom 1. 10. bis 31. 12. 22 gefundenen Gegenstände werden **Montag, den 7. Mai 1923,** von 9 Uhr vormittags ab versteigert, soweit sie bis dahin nicht zurückgefordert worden sind (§§ 980 f. B. G. B.) (13844

Das Fundbureau d. Lübeck-Büchener Eisenb.-Gesellsch.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Lübeck.

Am 3. März starb unser Kollege (13861

Joachim Schwarz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 9. März, nachm. 2½ Uhr auf dem Vorw. Friedh. statt.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Eisenbahner-Verbd. Ortsgruppe Lübeck.

Am Sonnabend, dem 3. ds. Mts. starb infolge Krankheit unser Mitglied

Hermann Wurm.

Ehre seinem Andenken. 13835

Die Beerdigung ist heute bereits erfolgt.

Die Ortsverwaltung.

Morgenfrau gesucht, ev. einige Tage der Woche. (13875) **Dr. Haun,** Elsässer Straße 3

Suche ein zuverlässiges **Mädchen, das melken kann,** am liebsten vom Lande. (13835) **A. Hamer,** Siems-Waldhusen.

Ges. 2 leere Zimmer (ev. auch Bodenz.) geg. gute Bezahl. u. einmal. hohe Vergütung. Ang. u. A 764 a. d. Exped. d. Ztg. (13836

G. erh. K.-Wag. zu verk. [illegible] Margaretenstr. 22a I.

Pl. Industriekartoffeln u. frostfreie Futterkartoffeln bietet an (13846 **Bernhard Haak Nfl. St. Annenstr. 10.** Fernspr. 2189 u. 585.

Preisabbau!

Margarine	2700
Kokosfett	3000
Speck . . 4000 bis	6000
Käse . . 1800 bis	2900
Holl. Vollheringe	350
Seife (Toom-Seif.)	890

(13870) usw.

Siehe Preisanzeige!

Wannenberg, Johannisstraße 27.

Rohstoffe zu Schokoladen

sind infolge von Markentwertung, Finanzzöllen, Frachten und Kreditzinsen schon lange etwa

8000 × teurer als vor dem Kriege

bei gleichen Auslandspreisen für Rohkakao. Dagegen kosten dank vorsorglicher Einkäufe und Verzollungen erreichbarer Partien die

Reichardt-Schokoladen

freilich ohne Berücksichtigung der im voraus nicht zu berechnenden, weil meist rückwirkend gleitenden Ausgaben

nur etwa die Hälfte.

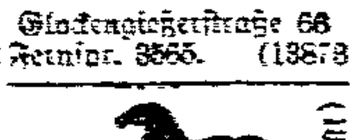
Leider erzwingen nun die sich monatlich sprunghaft steigernden Milliardenbeträge an Unkosten, Gehältern und Löhnen unaufschiebbare Preiserhöhungen. Man sichere sich also von dieser Edelnahrung eine eiserne Ration zu jedem Preise, denn Schokoladen, die sich lange aufbewahren lassen und mit der Dauer der Ablagerung an Geschmacksfeinheit zunehmen, sodaß es nichts Köstlicheres gibt als einen jahrealten Brocken, bedürfen einer langwierigen Durcharbeitung und (13872

müssen daher bald viel teurer werden.

Diese Woche **billig!**

Kalbsfrikassee . . .	1200
Bratenstücke 1400 u.	1500
Keule	1600
Rindfleisch	2400
Bratenstücke . . .	2600
Schweinebraten . .	3400
Kopffleisch	800
Schmerzfauer . . .	200

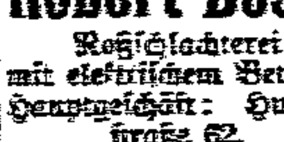
F. Fockenbrock Glockengießerstraße 66 Fernspr. 3565. (13873



(13880)

Durch günstigen Einkauf **in Speck** empfehle hochfeine **Mettwurst, prima Geräucherte und Leberwurst** in bekannter Güte.

Robert Dose, Roßschlachterei mit elektrischem Betrieb. Hauptgeschäft: Hundestraße 62. Filiale: Engelsgrube 56. Fernspr. 2975.



Freitag und Sonnabend: **Prima** (13860 **fettes Fohlenfleisch** billig, das Pfd. jetzt von **1000 Mk.** an. Das merken bald ein jedermann, es kommt vor'm ganzen Holstentor nur bei **Kollmann** vor.

Fr. Kollmann, Reiferstraße 5.

Gebr. Wulf, 13853 **Hüxstraße 121.**

Gerstgraupen, Hartgrieß, Gerst- und Hafergrütze, Erbsen, Bohnen, Haferflocken und Weizenmehl

750 Mark pro Pfd.

Kartoffelmehl	Pfd. 600 M.
Makkaronpuder	Pfd. 650 M.
Nudeln	Pfd. 1300 M.
Makkaroni	Pfd. 1600 M.
Tafelreis	Pfd. 900 M.
Perl-Sago	Pfd. 1100 M.
Buchw.-Grütze	Pfd. 1000 M.

Kartoffeln (Industrie) empfiehlt **J. H. Wiegers,** Balauerfohr 26/28. Fernspr. 277. (13849

Kartoffeln (Industrie) empfiehlt (13865 **Henry Helm,** Fleischhauerstraße 44. Telephon 3419.

Briketts empfiehlt (13848 **J. H. Wiegers,** Balauerfohr 26/28. Fernsprecher 277.

Steppdecken Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann BreiteStr 31 Fernsp 8659

26 Beckergrube 26

Leder-Ausschnitt-Geschäft

Konkurrenzl. bill. Verkauf f. Schuhm. u. Selbstbes. Letzte Sendung Kernleder noch zu alten Preisen.

Ia. braune Kipse. Ia. Sohlleder. Ia. Chevreau. Ia. Boxkalf.

Kernlederhaus

26 Beckergrube 26. (13833

Allerfeinstes (13867

Kokosfett

Pfund 3200.— Mk.

Wilh. John, Schüsselbuden 5.

Jede Warenentnahme im Konsumverein stärkt die Selbsthilfe der Verbraucher gegen Uebervorteilung. (13863

Aus älteren Abschlüssen

mache ich ein **besonderes Angebot**

Helle Sommer-Anzüge . .	65 000
Blau Cheviot-Anzüge . .	75 000
Prima Gummi-Mäntel . .	79 000
Posten starke Pilothosen . .	9 000
Posten Feldgrauhosen . .	29 000
Elegante braune Herren-Stiefel	59 000

Imprägnierte Damen-Mäntel	19 000
Blaue Satin-Staub-Mäntel . .	19 000
Genoppte Sommer-Mäntel . .	19 000
Bl. Chev.-Kleid., hübsch gearb.	39 000
Solide Straßenkleider	18 000

(13869

Sämtliche Meterware äußerst billig.

Franz Wehrendt Kaufhaus Balauerfohr 35.

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf!

Vom 7.—15. März

10% Rabatt

auf alle Waren trotz Preisabbaus.

Jetzt kaufen Sie billig!

nutzen Sie die günstige Gelegenheit aus.

Schuhwaren (reelle)

Schaftstiefel 45000, Arbeitsstiefel 25 000, Ledergamaschen 27 500, eleg. Herrenstiefel 29 000, Damenstiefel 29 000, Schnür- u. Spangenschuhe 20000, Lederschuhe 8500, Lederpantoffel, Filzpantoffel usw. 1 Posten Kinderstiefel, Ledersandalen, Turnschuhe 18—24 25—30, 31—39, alle Größen — Qualitätswaren.

Herrengarderoben (reelle, elegante)

Buckskinhosen 17 000.—, eleg. gestr. Hosen 24000.-, Zwirnhosen 14000.-, Manchesterhosen 39 000.-, feldgraue Hosen, Loden-, Manchester-Joppen. 1 Posten starke Anzüge, farb. schicke Form **49000.—** und **98 000,** 1 Posten einz. Jacketts, farbig mit Futter 29 000.—, 1 Posten Gummimäntel 78 000.— und besser.

Damenkonfektion (reelle schicke)

1 Posten **Damen-Mäntel,** farb., schicke Form 13 250, 16 500. Damenlodenmäntel 32 000, farb. **Backfischmäntel** 22 500, farb. **Kinder-Mäntel** 10 750, 12 350, 1 Posten eleg. hübsche **Jumper** 11 000, **Strickjacken** 29 000 für Damen.

Textilwaren (reelle, starke)

Rohnessel, starke Qualität	2050,—
Hemdentuch, do. do.	2100,—
Züchen, 80 cm breit, starke Qualität	3200,—
Handtuchstoff, starke Qual.	805,—
Fert. bunte Bezüge do. do.	22500,—

Auf die schon **oben herabgesetzten Preise** noch **10% Rabatt vom 7.—15. März.** Alles Qualitätswaren, jetzt kaufen Sie billig!

Ehlers & Reelwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Nutzen Sie die günstige Gelegenheit aus! 13868

Enorme Preissenkung in Schuhwaren aller Arten,

nicht einzelner Paare, sondern des ganzen Bestandes. Beachten Sie bitte meine Fensterpreise.

J. Engelmann, Wickedestraße 31. (13847) Wickedestraße 31.